BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.

Zukunft sichern. Solide finanzieren. Umweltgerecht sanieren. Mit Bausparen.

Bausparen ist ein sicherer und verlässlicher Weg zur Vermögensbildung, der sich millionenfach bewährt hat – der klassische Weg in die eigenen vier Wände.

Inhalt

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung **6**

Zur konjunkturellen Lage 6

Entwicklung der gesamten Bautätigkeit 10

Entwicklung des Wohnungsneubaus 16

Geschäftsentwicklung der deutschen Bausparkassen 26

Ausblick 28

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen **32**

Neugeschäft 32

Entwicklung des Vertragsbestandes 35

Geldeingang 37

Auszahlungen und Wohnungsbaufinanzierungen 38

Anzahl und Personalstärke der privaten Bausparkassen 40

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland **41**

Wohnungspolitische Diskussion **44**

Umfragen zum „Sparklima" in Deutschland **46**

Der Sparklima-Index 53

Eigenkapitalvorschriften **56**

Papiere des Basler Ausschusses 56

EU-Richtlinien über eine angemessene Eigenkapitalausstattung 57

Nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften der EU 59

Solvabilitätsverordnung (SolvV); Übergangsbestimmungen für die Eigenkapitalausstattung und -berechnung 60

Risikomanagement **61**

Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement 61

Anforderungen an Vergütungssysteme 61

Überarbeitung der Prüfungsberichtsverordnung 62

Reform der Rechnungslegungsvorschriften **63**

Ablösung des IAS 39 63

Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes 64

Eigenheimrentengesetz **65**

Änderung der Vorschriften 65

Umsetzung des Eigenheimrentengesetzes;
Altersvorsorge-Zulagenverwaltung 66

Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes **70**

Neuregelung bei der Wohnungsbauprämie **71**

**Umsetzung der EU-Richtlinie über Zahlungsdienste;
Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)** **72**

Branchenlösung für die Quelle Bausparkasse **74**

Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie **75**

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen **75**

Einlagensicherung **76**

Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen **77**

Anhang

Verzeichnis der Tabellen 82

Verzeichnis der privaten Bausparkassen 102

Der Verband der Privaten Bausparkassen 103

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE

Zum ersten Mal seit sechs Jahren ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 geschrumpft – und zwar mit -4,9 Prozent so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit. Dabei brachen sowohl die Exporte als auch die Ausrüstungsinvestitionen stark ein. Vor allem der Außenhandel – früher ein wichtiger Wachstumsmotor – bremste die wirtschaftliche Entwicklung. Während die Exporte preisbereinigt um 14,5 Prozent sanken, betrug der Rückgang bei den Importen 9,5 Prozent.

20,5 Prozent weniger als 2008 wurde in Ausrüstungen investiert. Die Investitionen in Bauten gingen dagegen mit -1,1 Prozent nur vergleichsweise leicht zurück. Auch die privaten Konsumausgaben sanken – allerdings nur um -0,1 Prozent; die staatlichen Konsumausgaben nahmen in Folge der Konjunkturprogramme gegenüber dem Vorjahr deutlich um 3,4 Prozent zu. Bei einer differenzierten Betrachtung der Konsumausgaben privater Haushalte zeigt sich, dass die privaten Kraftfahrzeugkäufe, die durch die sogenannte Abwrackprämie kräftig angestiegen sind, einen noch deutlicheren Einbruch verhindert haben. Die Ausgaben für fast alle anderen Verwendungszwecke waren geringer als 2008.

Im Jahresdurchschnitt 2009 wurden 40,2 Millionen Erwerbstätige gezählt. Das waren nur 14.000 Personen weniger als ein Jahr zuvor. Die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen verringerten sich jedoch um 2,8 Prozent. Das zeigt, dass die Unternehmen auf die Wirtschaftskrise nicht in erster Linie mit Entlassungen reagiert haben, sondern mit Arbeitszeitreduzierungen – insbesondere durch Kurzarbeit, den Abbau von Arbeitszeitkonten sowie tarifvertraglich geregelte vorübergehende Kürzungen der Wochenarbeitszeit.

Löhne sinken

Die Bruttolöhne und -gehälter gingen 2009 um 0,4 Prozent zurück. In diesem Rückgang, dem ersten seit 2005 und dem stärkstem seit der Wiedervereinigung, spiegeln sich in erster Linie die Lohn- und Gehaltseinbußen infolge der Arbeitszeitverkürzungen wider. Gleichzeitig sind die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer um 2,6 Prozent gestiegen. Im Ergebnis sanken 2009 die Nettolöhne und -gehälter rechnerisch um 0,6 Prozent und damit etwas stärker als die Bruttolöhne und -gehälter.

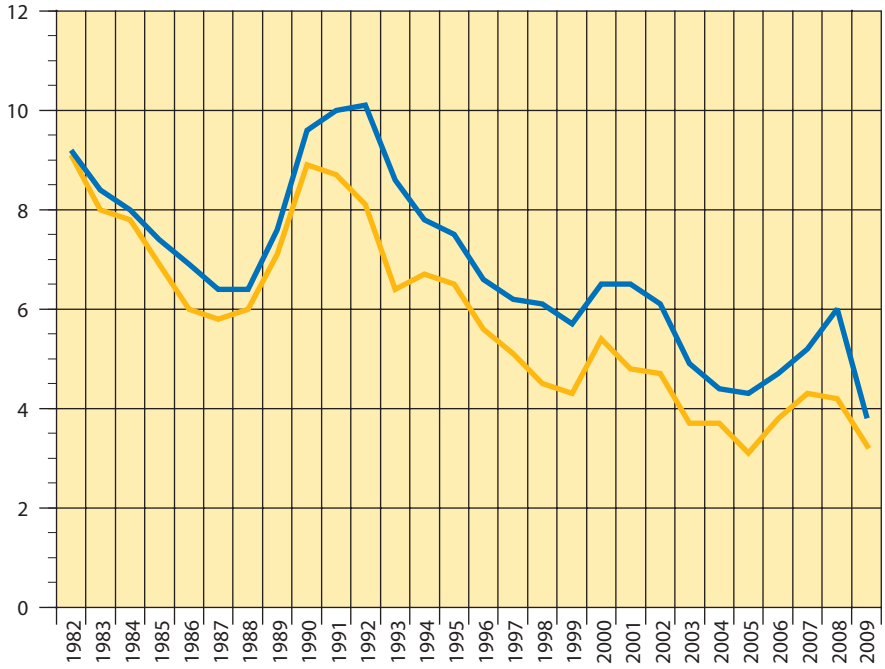
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2009 lediglich um 0,5 Prozent zu. Das ist die kleinste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Die Sparquote der privaten Haushalte stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 11,3 Prozent an.

Die Erstellung neuer Wohngebäude verteuerte sich 2009 nur noch um 0,9 Prozent, nachdem die Baupreise in den beiden Vorjahren aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung und der anziehenden Rohstoffnotierungen recht kräftig gestiegen waren.

Im vergangenen Jahr sind die Baulandpreise in Deutschland, die seit 2001 ständig gestiegen waren, wieder leicht um 1,5 Prozent gesunken, was auf den drastischen Einbruch des Wohnungsneubaus zurückzuführen ist. Im Bundesdurchschnitt mussten 2009 127 Euro pro Quadratmeter baureifen Landes gezahlt werden; 10 Jahre zuvor waren es nur 71 Euro gewesen. Verantwortlich für den Rückgang war die Preisentwicklung in Westdeutschland: Hier mussten 2009 durchschnittlich 149 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden; das bedeutete gegenüber 2008 ein Minus von 5,1 Prozent. In Ostdeutschland stagnieren die Baulandpreise dagegen schon seit Jahren zwischen 45 und 50 Euro.

Im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten folgten die Zinsen im Wesentlichen der Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten. Sie gaben im Jahresverlauf vor allem am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve deutlich nach. Zum Jahresende verlangten die deutschen Kreditinstitute im Durchschnitt für Wohnungsbaukredite bei einer Zinsbindung von über fünf bis zehn Jahren 4,3 Prozent.

Zinsentwicklung in Deutschland von 1982 bis 2009 in Prozent



Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere

Zinssätze für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke
(Gleitzinsen ab 2003 variabel oder mit Zinsfestschreibung bis 1 Jahr)

ENTWICKLUNG DER GESAMTEN BAUTÄTIGKEIT

Bauvolumen nur leicht im Minus

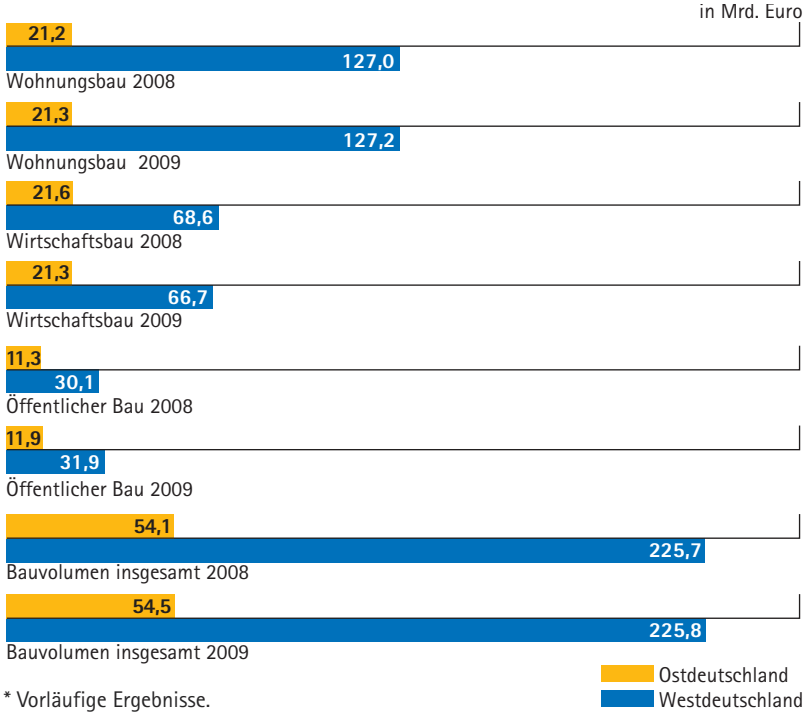
Das Bauvolumen ging im vergangenen Jahr leicht zurück. Es sank um 0,7 Prozent auf nominal 280,3 Mrd. Euro, nachdem in den Vorjahren die gesamten Bauaktivitäten in Deutschland noch gestiegen waren. Gegen den Gesamttrend nahm der Wohnungsbau in den alten Ländern um 0,4 Prozent auf insgesamt 127,2 Mrd. Euro zu. Auch in Ostdeutschland gab es beim Wohnungsbau mit 0,3 Prozent ein Plus. Insgesamt belief sich das Wohnungsbauvolumen in den neuen Ländern auf 21,3 Mrd. Euro. Das Bauvolumen ist eine Kennzahl für die gesamten Bauaktivitäten und umfasst neben den Bauinvestitionen auch die nichtwerterhöhenden Reparaturen, also Instandhaltungsmaßnahmen.

Öffentlicher Bau profitiert von staatlichen Ausgabenprogrammen

Bricht man das Bauvolumen auf den Wohnungs-, Wirtschafts- und den öffentlichen Bau herunter, dann wirkte sich der starke Konjunktureinbruch auf die drei Sektoren in Deutschland sehr unterschiedlich aus. Während der Wohnungsbau leicht um 0,1 Prozent auf 148,5 Mrd. Euro zulegte, meldete der Wirtschaftsbau als Folge der Konjunkturflaute ein deutliches Minus von 4,2 Prozent auf 88 Mrd. Euro. In den Zahlen für den öffentlichen Bau spiegelt sich die Reaktion der Politik auf den starken Wirtschaftseinbruch im vergangenen Jahr wider, als die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland um 4,9 Prozent einbrach: Der öffentliche Bau verzeichnete 2009 ein um 3,8 Pro-

zent gestiegenes Bauvolumen auf insgesamt 43,8 Mrd. Euro. Die Bauwirtschaft profitierte also von den staatlichen Ausgabenprogrammen.

Der Wohnungsbau als Bestandteil des Bauvolumens in Deutschland 2008 und 2009*



* Vorläufige Ergebnisse.

In Ostdeutschland ging das Bauvolumen insgesamt um 1,2 Prozent auf 54,5 Mrd. Euro etwas stärker zurück als in den alten Bundesländern, wo sich der Rückgang auf 0,6 Prozent belief; das entsprach einem absoluten Wert von

225,8 Mrd. Euro. Dadurch sank auch der Anteil der ostdeutschen Bauwirtschaft am gesamtdeutschen Bauvolumen um 0,2 Punkte auf 19,4 Prozent.

Der Anteil des Wohnungsbaus am gesamten Bauvolumen erhöhte sich um 0,4 Punkte auf 52,9 Prozent; davon entfielen 11,1 Prozent auf den Neubau und 41,8 Prozent auf die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden. Als Folge des Konjunktureinbruchs und der nachlassenden Investitionen der deutschen Wirtschaft sank der Anteil des Wirtschaftsbaus um mehr als einen Punkt auf 31,4 Prozent. Der Anteil des öffentlichen Baus am gesamten Bauvolumen stieg um 1,6 Punkte auf 15,6 Prozent.

Geschosswohnungsbau in den alten Ländern im Plus

Basis für die Struktur des Wohnungsbauvolumens sind Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), das neben den Leistungen des Baugewerbes für den Wohnungsbau auch die Beiträge anderer Sparten, etwa Architektenleistungen, Gebühren, Außenanlagen und Eigenleistungen der Investoren, berücksichtigt.

Nachdem im Vorjahr das Wohnungsbauvolumen in Westdeutschland, also die Summe aus Neubau und Investitionen in den Bestand, mit 3,5 Prozent noch deutlich gestiegen war, gab es 2009 nur ein leichtes Plus von 0,2 Prozent auf 127,2 Mrd. Euro. Während die Investitionen in die bestehenden Wohngebäude mit 1,3 Prozent auf 99,4 Mrd. Euro abermals zulegten, ging das Neubauvolu-

men um 2,1 Prozent auf 27,8 Mrd. Euro zurück. 2008 und 2007 belief sich das Minus noch auf 14,4 und 18,7 Prozent. Der Eigenheimbau ging 2009 um 3,8 Prozent auf 20,2 Mrd. Euro zurück. 2008 betrug der Rückgang noch 16,3 Prozent, 2007 sogar 21,1 Prozent. Dagegen schreibt der Geschosswohnungsbau erstmals seit 2006 mit einer Wachstumsrate von 2,4 Prozent wieder positive Zahlen. Das Volumen des Geschosswohnungsbaus in Westdeutschland betrug im vergangenen Jahr 7,6 Mrd. Euro.

Der Anteil der Investitionen in bestehende Gebäude belief sich auf 78 Prozent des gesamten Wohnungsbauvolumens in den alten Ländern. Auf den Neubau entfielen 22 Prozent, davon 16 Prozent auf den Eigenheimbau und 6 Prozent auf den Geschosswohnungsbau. 1995 hatte der Anteil des Wohnungsneubaus noch 50 Prozent betragen.

Instandhaltungsmaßnahmen in Ostdeutschland seit 2006 im Plus

Seit 1995 ging der Anteil der neuen Länder am gesamtdeutschen Wohnungsbauvolumen um annähernd 8 Punkte auf aktuell 14,3 Prozent zurück. 2009 legte das Wohnungsbauvolumen in Ostdeutschland um 0,3 Prozent auf 21,3 Mrd. Euro zu. Rückläufig war das Neubauvolumen mit einem Minus von 4,5 Prozent auf 3,6 Mrd. Euro. Mit Ausnahme des Jahres 2006 gehen in Ostdeutschland damit die Investitionen in den Neubau seit 1997 jährlich zurück. Vor allem der Einbruch beim Eigenheimbau mit 7 Prozent auf 2,8 Mrd. Euro trug zu diesem negativen Ergebnis des Wohnungsbaus im vergangenen Jahr

bei. Positiv entwickelten sich dagegen die Bauleistungen an den bestehenden Gebäuden: Das Bauvolumen steigerte sich 2009 um 1,4 Prozent auf 17,7 Mrd. Euro. Der Anteil der Investitionen in die bestehenden Wohngebäude am gesamten Wohnungsbauvolumen belief sich 2009 auf 83 Prozent. Der Wohnungsneubau machte noch 17 Prozent aus; 13 Prozent entfielen auf den Eigenheimbau, 4 Prozent auf den Geschosswohnungsbau.

Die Struktur des Wohnungsbauvolumens in Westdeutschland 2006 bis 2009*

	Wohnungsbauvolumen in Mrd. €**				in %			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Eigenheimbau[1]	31,8	25,1	21,0	20,2	27	20	17	16
Geschoss-wohnungsbau[2]	9	8,1	7,4	7,6	8	7	6	6
Neubau insges.	40,9	33,2	28,4	27,8	35	27	22	22
Bestands-maßnahmen	75,7	89,3	98,1	99,4	65	73	78	78
Bauvolumen insgesamt	**116,5**	**122,6**	**126,6**	**127,2**	**100**	**100**	**100**	**100**

* Vorläufige Ergebnisse.
** In jeweiligen Preisen.
1) Ein- und Zweifamilienhäuser.
2) Einschließlich Eigentumswohnungen.

Quelle: DIW

Die Struktur des Wohnungsbauvolumens in Ostdeutschland 2006 bis 2009*

	Wohnungsbauvolumen in Mrd. €**				in %			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Eigenheimbau[1]	4,4	3,2	3	2,8	22	15	14	13
Geschoss-wohnungsbau[2]	0,6	0,6	0,8	0,8	3	3	4	4
Neubau insges.	4,9	3,8	3,7	3,6	25	18	18	17
Bestands-maßnahmen	14,6	16,9	17,5	17,7	75	82	82	83
Bauvolumen insgesamt	**19,5**	**20,7**	**21,2**	**21,3**	**100**	**100**	**100**	**100**

* Vorläufige Ergebnisse.
** In jeweiligen Preisen.
1) Ein- und Zweifamilienhäuser.
2) Einschließlich Eigentumswohnungen.

Quelle: DIW

ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

Der Wohnungsneubau hat nach einem Rekordtief im Jahr 2008 im Laufe des Jahres 2009 hoffentlich die Talsohle durchschritten. Mit 178.000 genehmigten Wohnungen zum Jahresende konnte gegenüber dem Vorjahr sogar eine leichte Steigerung um 1,9 Prozent festgestellt werden. Die Fertigstellungszahlen sind allerdings deutlich zurückgegangen – und zwar um 9,6 Prozent oder 17.000 Wohnungen auf nur noch 159.000 Wohnungen. Dieses Niveau bleibt jedenfalls weiterhin weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um den unabweislichen Wohnungsneubaubedarf zu decken.

Talsohle auf viel zu niedrigem Niveau durchschritten

Von den genehmigten 178.000 Wohnungen waren 154.000 Neubauwohnungen in Wohngebäuden (+ 4,0 Prozent gegenüber 2008). Dabei fiel der Zuwachs von Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+ 5,4 Prozent) deutlich höher aus als die Zunahme bei der Genehmigung von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (+ 2,1 Prozent bzw. + 1,6 Prozent).

Anders als im Jahr zuvor, als die Entwicklung in Westdeutschland negativ und in Ostdeutschland positiv war, kehrte sich das Ergebnis 2009 um. In Westdeutschland gab es ein Plus um 3,8 Prozent auf 149.000 Wohnungen und in Ostdeutschland ein Minus um 6,9 Prozent auf 29.000 genehmigte Wohnungen. Den größten Zuwachs gegenüber 2008 hatten die Mehrfamilienhäuser

(ohne Eigentumswohnungen) in den alten Bundesländern mit 15,4 Prozent auf 26.000 Einheiten und in den neuen Bundesländern mit 6,2 Prozent auf 5.200 Einheiten.

Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser stiegen in Westdeutschland um 2,6 Prozent auf 62.000 Einheiten und diejenigen von Zweifamilienhäusern um 2,7 Prozent auf knapp 14.000 Einheiten. Der Bau von Eigentumswohnungen nahm um 1,1 Prozent auf 28.000 Einheiten ab. Die Genehmigungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) stiegen um 15,4 Prozent auf knapp 26.000 Einheiten an. Durch Ausbaumaßnahmen wurden 2,8 Prozent weniger Wohnungen geschaffen als 2008; absolut waren es 15.000 Einheiten.

In Ostdeutschland wurden für den Eigenheimbau wieder knapp 13.000 Wohnungen genehmigt; eine Abnahme um 0,3 Prozent. Bei den Zweifamilienhäusern belief sich der Rückgang auf 7,4 Prozent auf weniger als 2.000 Wohnungen. Auch die Genehmigungen für Eigentumswohnungen verringerten sich um 7,8 Prozent auf 3.000 Wohnungen. Allerdings gab es bei Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) ein Plus von 6,2 Prozent auf gut 5.000 Genehmigungen. Die durch Ausbaumaßnahmen neu geschaffenen Wohnungen verzeichneten mit -25,7 Prozent auf nur noch rund 6.000 Wohnungen ein deutliches Absinken.

Sich Ziele setzen – und erreichen.

Bausparen ist für die meisten der erste Schritt zum Wohneigentum. 650.000 Jugendliche unter 25 Jahren entscheiden sich Jahr für Jahr für einen Bausparvertrag.

Weiter Tiefstand bei den Fertigstellungen

Die Fertigstellungszahlen sind auch im Jahr 2009 nochmals deutlich zurückgegangen – und zwar um 9,6 Prozent oder 17.000 Wohnungen auf nur noch 159.000 Wohnungen. Der Rückgang gegenüber dem Höchststand 1995 mit knapp 603.000 Wohneinheiten beträgt damit mehr als 73 Prozent.

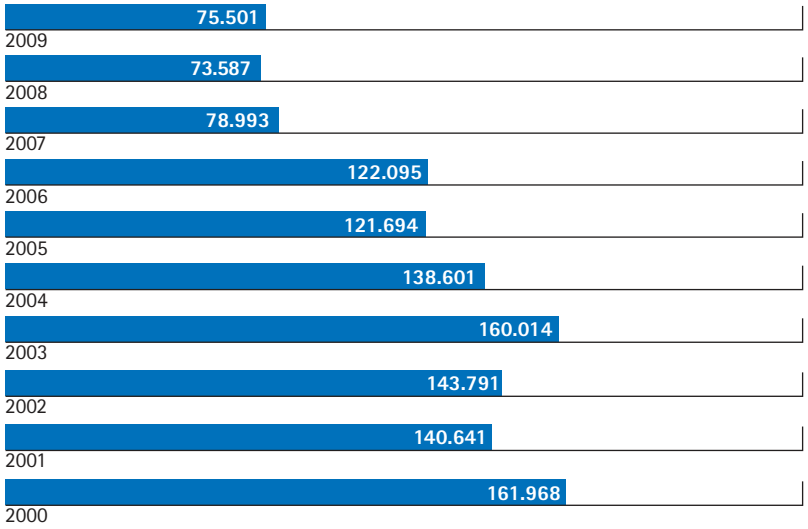
Von den 159.000 Wohnungen waren 136.500 Neubauwohnungen in Wohngebäuden; das waren 10,3 Prozent weniger als im Jahr 2008. Noch deutlicher war der Rückgang der Fertigstellungen von Ein- und Zweifamilienhäusern: Dieser betrug 12,9 Prozent auf fast 84.000 Einheiten. Zudem wurden über knapp 26.500 Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern fertiggestellt – ein Minus von 12,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Bei den Wohnungsbaufertigstellungen fiel der Rückgang in Westdeutschland deutlich stärker aus als in Ostdeutschland. In Westdeutschland wurden insgesamt 135.000 Wohnungen fertiggestellt, was einem Minus von 10,3 Prozent entsprach. Den stärksten Rückgang wiesen die Zweifamilienhäuser mit einem Minus von 16,3 Prozent auf nur noch knapp über 13.000 Einheiten aus. Ein überproportional hoher Rückgang mit 11,7 Prozent auf etwas mehr als 57.000 Einheiten war aber auch beim Bau von Einfamilienhäusern zu verzeichnen. Der Bau von Eigentumswohnungen ging um 12,5 Prozent auf 25.000 zurück. Die Fertigstellungszahlen bei den Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswoh-

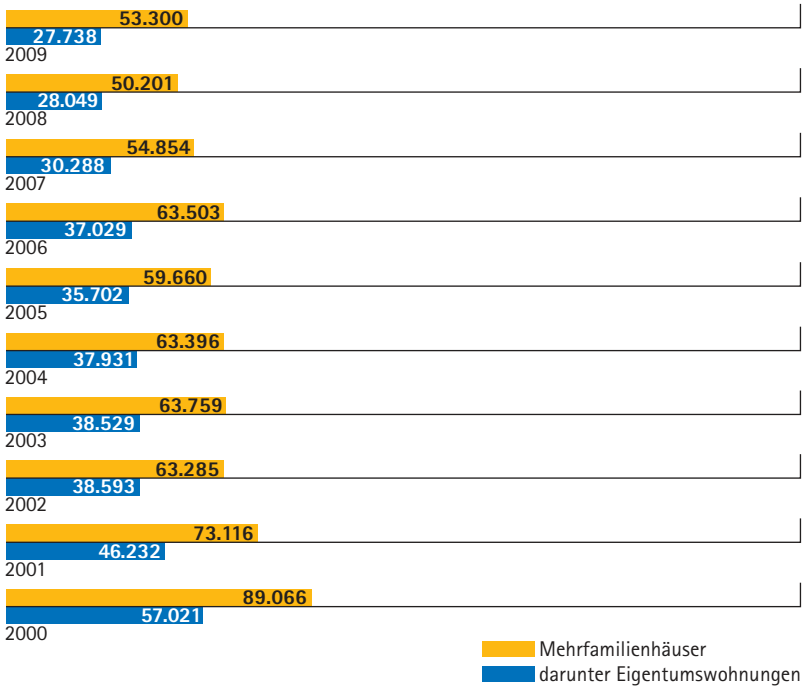
nungen) stiegen geringfügig um 1,1 Prozent auf gut 21.000. Durch Ausbaumaßnahmen wurden fast 14.000 Wohnungen neu geschaffen (-11,8 Prozent).

Auch in Ostdeutschland hat sich der Abwärtstrend im Wohnungsneubau 2009 fortgesetzt, allerdings nicht so ausgeprägt. Es wurden lediglich knapp über 24.000 Wohnungen fertiggestellt; das waren 1.500 oder 5,7 Prozent weniger als im Jahr 2008. Einen deutlichen Rückgang gab es auch hier bei den Ein- und Zweifamilienhäusern: Im Einfamilienhausbereich wurden weniger als 12.000 Wohnungen fertiggestellt (-15,7 Prozent), im Zweifamilienhausbereich waren es etwas mehr als 1.600 Wohnungen (-5,7 Prozent). Angestiegen (um 14,2 Prozent) ist mit 3.800 Wohnungen die Zahl der fertig gestellten Mehrfamilienhäuser (ohne Eigentumswohnungen). Bei den Eigentumswohnungen gab es allerdings wieder ein Minus von 16,0 Prozent auf 1.600 Einheiten. Die Ausbaumaßnahmen nahmen zu; es entstanden über 5.000 Wohnungen, was einem Anstieg von 10,3 Prozent entsprach.

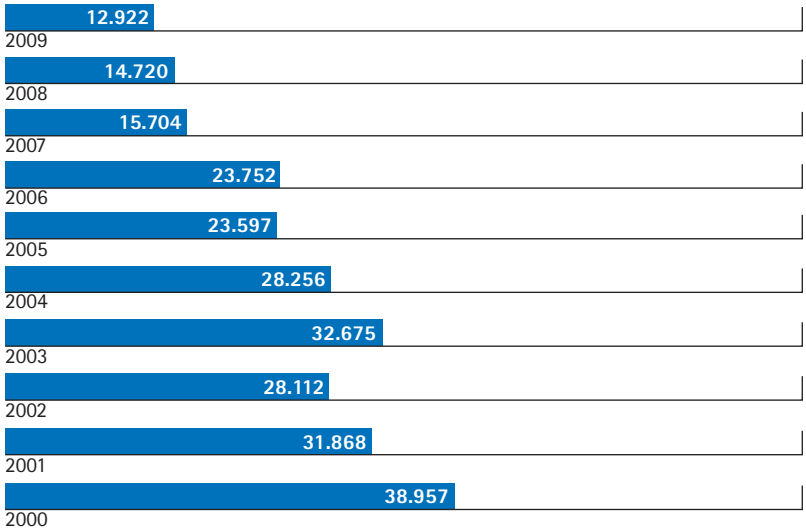
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2000 bis 2009



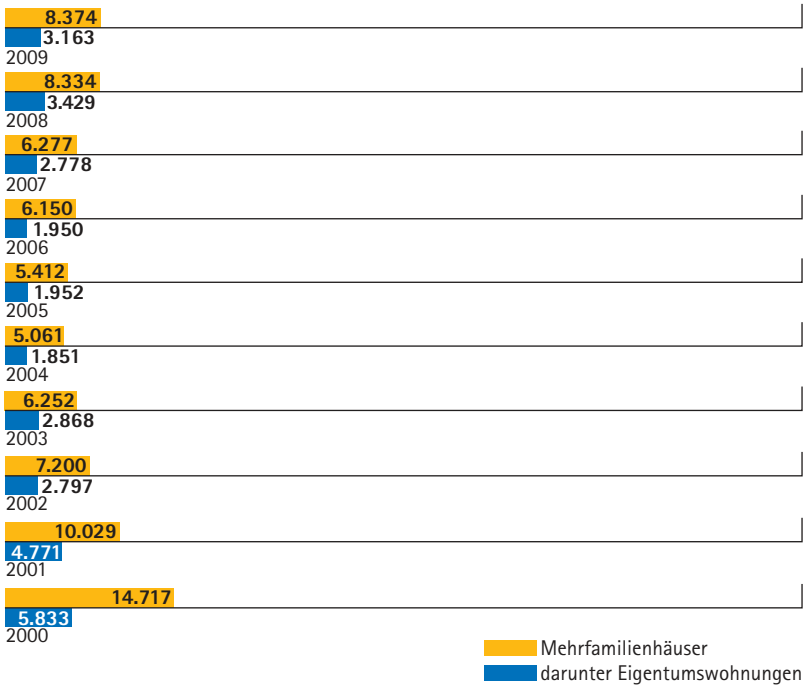
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2000 bis 2009



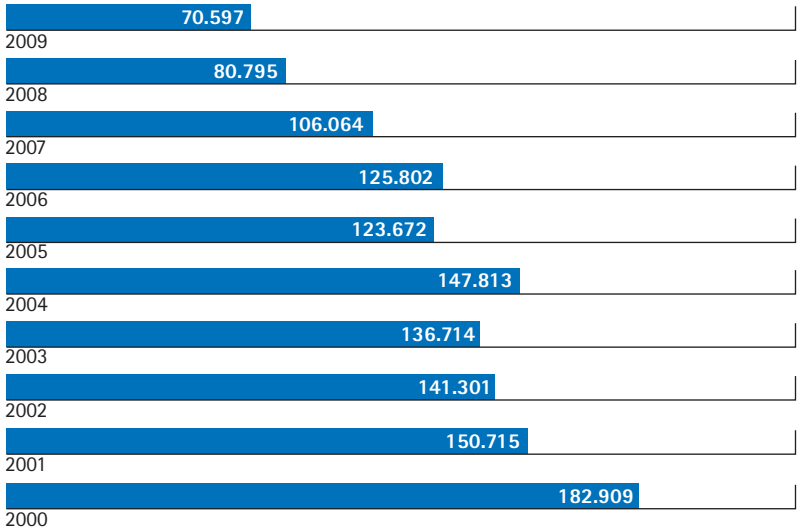
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2000 bis 2009



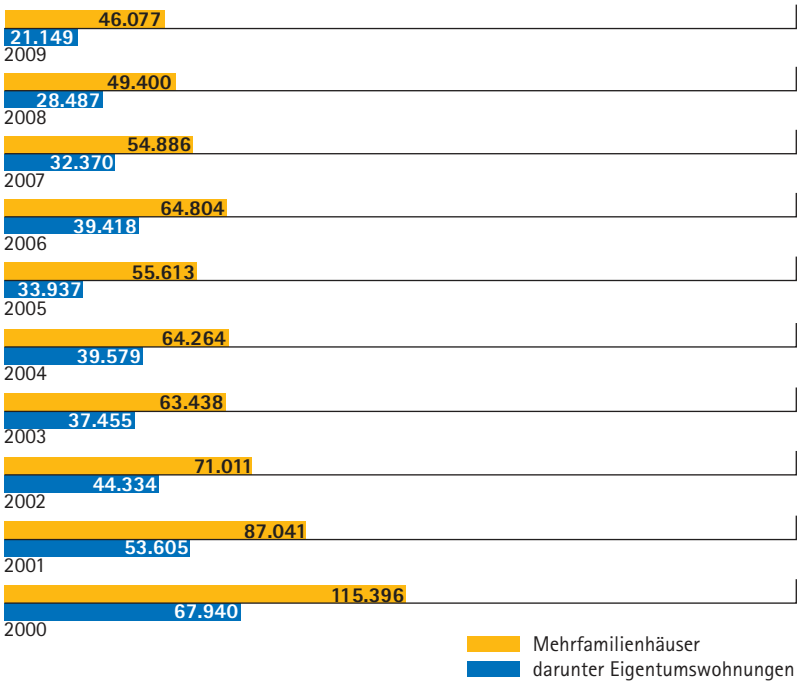
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2000 bis 2009



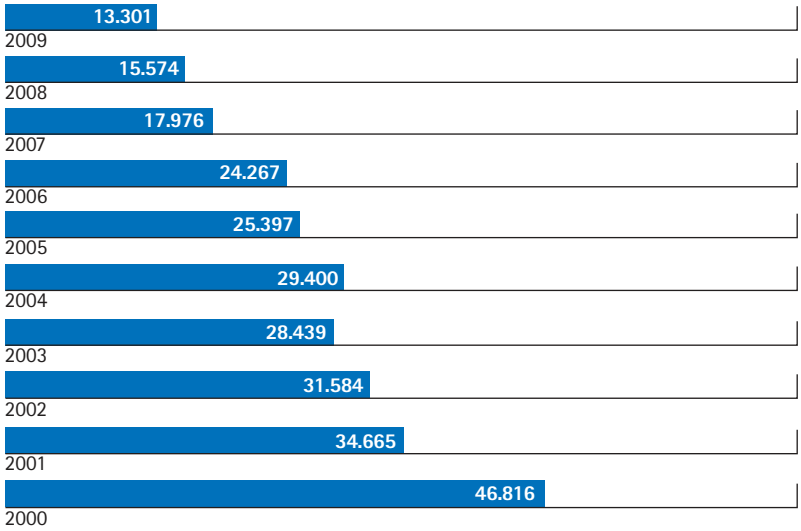
Fertiggestellte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2000 bis 2009



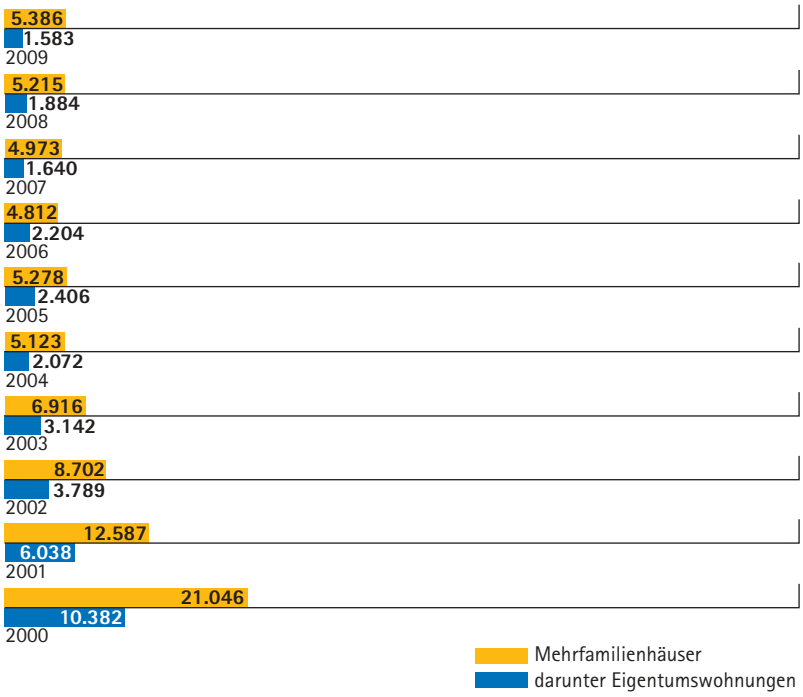
Fertiggestellte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2000 bis 2009



Fertiggestellte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2000 bis 2009



Fertiggestellte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2000 bis 2009



GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BAUSPARKASSEN*

Im Jahr 2009 wurden bei den deutschen Bausparkassen 3,0 Mio. Bausparverträge über eine Bausparsumme von 88,5 Mrd. Euro neu abgeschlossen. Die Bausparer blieben damit um 14,6 Prozent nach der Anzahl und um 10,3 Prozent nach der Bausparsumme unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dies kann vor dem Hintergrund des stärksten konjunkturellen Einbruchs in der Nachkriegszeit auch deshalb nicht überraschen, weil es 2008 durch eine Änderung bei der Wohnungsbauprämie noch einen besonderen Abschlussanreiz gegeben hatte.

In Westdeutschland wurden 2,5 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 75,6 Mrd. Euro gezeichnet. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin wurden 500.000 Verträge über eine Bausparsumme von 11,7 Mrd. Euro abgeschlossen. Nach der Bausparsumme belief sich der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den gesamten Neuabschlüssen auf 63,3 Prozent.

Die Bausparsumme des Gesamtbestandes an Bausparverträgen mit den deutschen Bausparkassen erhöhte sich 2009 um 1,3 Prozent auf 763,4 Mrd. Euro. Zwei Drittel des Vertragsbestandes wurden weiterhin von privaten Bauspar-

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

kassen verwaltet. Die Anzahl der bestehenden Verträge nahm um 1,3 Prozent auf 30,1 Mio. ab.

Der Gesamtgeldeingang bei den deutschen Bausparkassen stieg um 7,2 Prozent auf 37,2 Mrd. Euro. Davon entfielen 25,3 Mrd. Euro (68,0 Prozent) auf Spargeldeingänge. Die Sparleistungen der Bausparer nahmen um 5,3 Prozent zu. Die Sicherheit des Bausparens dürfte in der Finanz- und Wirtschaftskrise ein entscheidendes Sparmotiv gewesen sein.

Das allgemeine Wirtschaftsklima und insbesondere die unsicheren Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven und die damit verbundene Zurückhaltung bei langfristigen Investitionsentscheidungen wirkten sich negativ auf die Baugeldauszahlungen der Bausparkassen aus. Die Finanzierungsleistungen gingen 2009 um 18,8 Prozent auf 33,2 Mrd. Euro zurück. Der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den gesamten Finanzierungsleistungen der deutschen Bausparkassen belief sich auf 72,3 Prozent.

AUSBLICK

In ihrem Frühjahrsgutachten 2010 kommen die Wirtschaftsforschungsinstitute zu dem Ergebnis, dass die Konjunktur in der Grundtendenz nach dem tiefen Einbruch infolge der Finanzkrise aufwärtsgerichtet bleibt. Zu Jahresbeginn sind die Auftragseingänge kräftig gestiegen. Die Ausfuhren erholen sich weiter. So legte der Export im ersten Quartal 2010 um annähernd 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu. Auch blicken die Unternehmen wieder zuversichtlicher in die Zukunft.

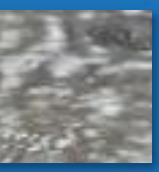
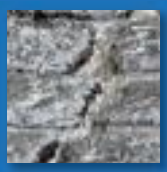
Die Europäische Zentralbank wird nach Einschätzung der Institute ihre expansive Zinspolitik beibehalten und sich vorerst darauf beschränken, ihre außergewöhnlichen Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung zurückzunehmen. Von der Finanzpolitik kommen 2010 noch spürbare Anregungen für die Konjunktur. Die Stimulierungsprogramme laufen jedoch aus. Außerdem sind erste Schritte zur Konsolidierung des Staatshaushalts zu erwarten, die ab dem Jahr 2011 dämpfend wirken dürften.

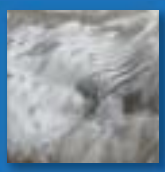
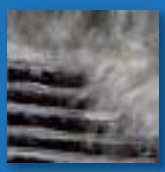
Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute für 2010 ein moderates Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent. Motor der Erholung sind weiterhin die Exporte, die in der Rezession unerwartet stark eingebrochen waren. Sie profitieren von der lebhaften Expansion insbesondere in den Schwellenländern. Die Ausrüstungsinvestitionen fassen mit einem Plus von 2,2 Prozent langsam wieder Tritt.

Die Konsumausgaben des Staates werden nach der Prognose um 1,6 Prozent steigen. Bei wieder steigenden real verfügbaren Einkommen wird für die privaten Konsumausgaben jedoch ein Minus von 0,4 Prozent erwartet. Dabei profitiert der Arbeitsmarkt immer noch von der Zurückhaltung in den vergangenen Jahren. Da das Erwerbspersonenpotential aufgrund der demografischen Entwicklung zurückgeht, rechnen die Institute mit einer leicht abnehmenden Arbeitslosenquote von 7,9 auf 7,8 Prozent.

Die Verbraucherpreise ziehen im Jahr 2010 voraussichtlich leicht an – um 0,9 Prozent nach 0,4 Prozent 2009. Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich weiter verschlechtern. Die Defizitquote dürfte 2010 auf 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen; 2009 lag sie noch bei 3,3 Prozent.

Nach 2011 dürfte sich die wirtschaftliche Erholung in Deutschland voraussichtlich leicht beschleunigt fortsetzen. Gleichwohl wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach dem scharfen Einbruch im vergangenen Jahr erst 2013 das Niveau aus dem Jahr 2008 erreichen. Nach Auffassung der Institute bleiben die Risiken für die Konjunktur aber groß. Insbesondere können an den Finanzmärkten immer wieder Probleme auftreten, z. B. wenn aufgrund der hohen Defizite Zweifel an der Solvenz mancher Staaten aufkommen. Infolge der Wirtschaftskrise haben sich auch die mittelfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft ohnehin verschlechtert: Das Bruttoinlandsprodukt wird in den kommenden Jahren spürbar niedriger sein, als vor der Krise erwartet wurde.

Solide und krisensicher.

Das deutsche Bausparsystem ist keine Schönwetterveranstaltung. Es hat sich auch in Krisen bewährt, weil es vom Kapitalmarkt weitgehend unabhängig ist.

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen*

NEUGESCHÄFT

Die Bausparer schlossen im Jahre 2009 mit den privaten Bausparkassen 1,8 Mio. neue Bausparverträge über eine Summe von 56,0 Mrd. Euro ab. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge ging um 12,6 Prozent, das Abschlussvolumen um 10,9 Prozent zurück. Angesichts der erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erscheint der Rückgang moderat.

Die Bausparer erhöhten 2008 zudem bei fast 200.000 bestehenden Verträgen mit privaten Bausparkassen nachträglich die Summe. Die durchschnittliche Bausparsumme je eingelöstem Bausparvertrag (einschließlich Erhöhungen) belief sich auf 30.900 Euro (+ 1,9 Prozent). Die durchschnittliche Bausparsumme lag in den alten Bundesländern (mit 31.700 Euro) um 25 Prozent höher als in den neuen Bundesländern (mit 25.300 Euro).

Von den Neuverträgen entfielen 1,5 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 46,9 Mrd. Euro auf Bausparer aus den westdeutschen Bundesländern. In den neuen Bundesländern und Berlin wurden gut 300.000 Verträge über eine

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

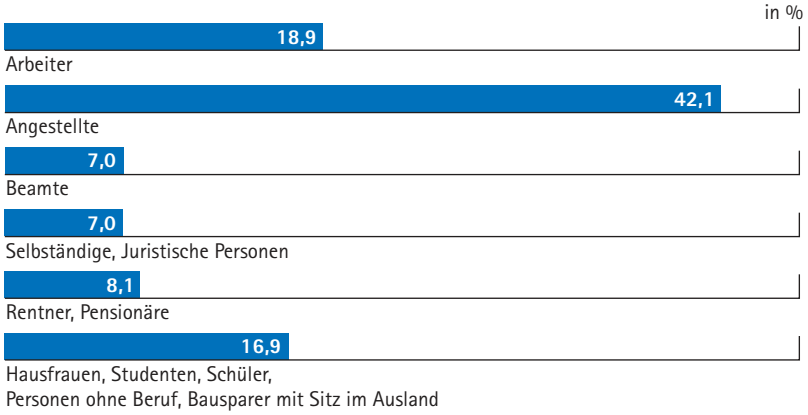
Bausparsumme von 7,9 Mrd. Euro abgeschlossen. Der Summe nach entfielen damit 14,2 Prozent der neuen Bausparverträge mit einer privaten Bausparkasse auf Ostdeutschland. Außerdem zeichneten Bausparer mit Sitz im Ausland (in der Regel in der Europäischen Union) 20.000 Verträge über eine Bausparsumme von 1,2 Mrd. Euro (2,1 Prozent der Neuabschlüsse).

Die Neuverträge mit den privaten Bausparkassen wurden auch 2009 in der überwiegenden Mehrzahl von Arbeitnehmern abgeschlossen. Der gesamte Anteil der Abschlüsse von Arbeitern, Angestellten und Beamten belief sich auf 67,6 Prozent, gemessen an der Bausparsumme auf 67,9.

Für die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und sonstiger Personen ohne Beruf sowie von Bausparern mit Sitz im Ausland ist ein summenmäßiger Anteil von 16,9 Prozent an den Neuverträgen zu verzeichnen. Für Rentner und Pensionäre ergibt die Aufschlüsselung der Neuabschlüsse nach der Bausparsumme einen Anteilswert von 8,1 Prozent.

Die von den Bausparkassen seit dem 1. November 2008 angebotenen Altersvorsorge-Bausparverträge waren 2009 noch von geringerer Bedeutung für das Jahresergebnis. Von den eingelösten Neuverträgen entfielen 70.000 Stück über eine Bausparsumme von 2,4 Mrd. Euro auf das neue Marktsegment. Die bereits vorliegenden Anträge auf Altersvorsorgeverträge lassen einen deutlichen Anstieg der Abschlusstätigkeit erwarten.

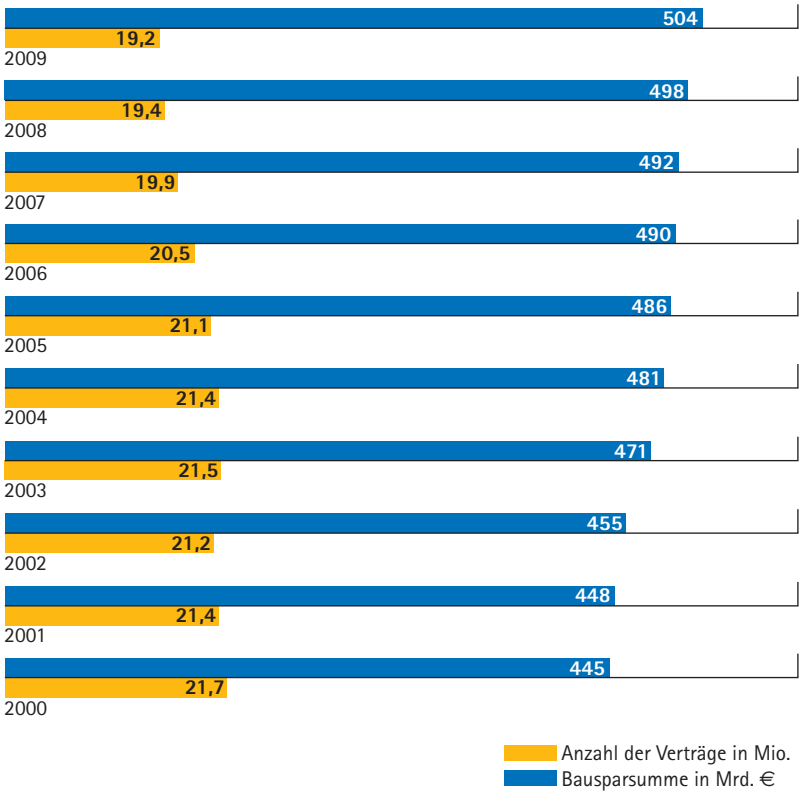
Bei den privaten Bausparkassen 2009 neu abgeschlossene Bausparverträge nach Berufsgruppen (Anteile an den Neuabschlüssen nach der Bausparsumme)



ENTWICKLUNG DES VERTRAGSBESTANDES

Am Jahresende 2009 betreuten die privaten Bausparkassen 19,2 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 504,2 Mrd. Euro (+ 1,2 Prozent). Der Anteil der Verträge in der Sparphase am gesamten Vertragsbestand betrug nach der Bausparsumme nahezu unverändert 86,4 Prozent.

Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009



Die Bausparverträge des nicht zugeteilten Bestandes stiegen 2009 nach der Bausparsumme um 1,7 Prozent auf 435.9 Mrd. Euro an. Die durchschnittliche Bausparsumme der Verträge in der Sparphase, die seit vielen Jahren ununterbrochen ansteigt, erreichte zum Jahresende 26.500 Euro (+ 2,5 Prozent). Der mittlere Anspargrad betrug knapp ein Fünftel der Bausparsumme. Die Verträge waren im Durchschnitt mit rund 5.000 Euro (+ 3,6 Prozent) angespart.

GELDEINGANG

Der gesamte Geldeingang auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen belief sich im Jahre 2009 auf 24,4 Mrd. Euro und übertraf den Vorjahreswert damit um 7,5 Prozent. Bausparkassen sind in der Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Hort der Stabilität wahrgenommen worden.

Die Sparleistungen der Bausparer stiegen 2009 um 5,4 Prozent auf 16,3 Mrd. Euro. Der Spargeldeingang nahm auf breiter Grundlage zu, so dass auch in jedem Bundesland ein Zuwachs zu verzeichnen war. Besonders kräftig stieg der Spargeldeingang in Hamburg, Bremen und Bayern um jeweils mehr als 8 Prozent an. Bundesweit gingen außerdem 0,3 Mrd. Euro an Wohnungsbauprämien (- 6,2 Prozent) auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen ein. In Folge der Geldeingänge stiegen die Bauspareinlagen um 2,8 Prozent auf 82,2 Mrd. Euro.

Die Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer nahmen sogar um 12,8 Prozent auf 7,8 Mrd. Euro zu. Die Privathaushalte nahmen in der Krise offensichtlich vorsorglich eine schnellere Entschuldung vor. Von den Zins- und Tilgungsleistungen entfielen mit 6,0 Mrd. Euro (+ 10,2 Prozent) weiterhin rund drei Viertel auf reine Tilgungsbeträge. Auch die Entschuldung dient der Vermögensbildung der Bausparer. In den Spar- und Tilgungsbeiträgen waren von Arbeitgebern überwiesene vermögenswirksame Leistungen enthalten. Sie beliefen sich 2009 insgesamt auf 2,7 Mrd. Euro (- 2,9 Prozent).

AUSZAHLUNGEN UND WOHNUNGSBAUFINANZIERUNGEN

Die privaten Bausparkassen finanzierten im Jahre 2009 den Wohnungsbau mit 24,0 Mrd. Euro. Auf Grund der starken Verunsicherung der potentiellen privaten Investoren-Haushalte konnte der im Vorjahr erreichte Höchstwert (30,8 Mrd. Euro) nicht mehr erreicht werden.

Mit rund drei Vierteln des gesamten Baugeldes wurde direkt Wohnraum geschaffen oder verbessert, indem es für Zwecke des Neubaus, des Kaufs von Objekten vom Bauträger und für Modernisierungen, Instandsetzungen, Umbauten, Anbauten und Ausbauten ausgezahlt wurde.

Von den Finanzierungen entfielen 12,6 Mrd. Euro auf Auszahlungen nach Zuteilung von Bausparverträgen. Zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Bausparsummen kamen neue Darlehen in Höhe von 9,3 Mrd. Euro hinzu. Die Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen beliefen sich auf 2,1 Mrd. Euro.

Die privaten Bausparkassen legten 2009 insgesamt Baudarlehen in einer Höhe von 14,4 Mrd. Euro heraus. Hinzu kamen Auszahlungen an Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen, die sich auf 9,5 Mrd. Euro beliefen.

Die Baudarlehen wurden an rund 400.000 Bausparer vergeben. Sie kamen nach der Stückzahl zu 74,1 Prozent der Gruppe der Arbeiter, Angestellten

und Beamten zugute. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Baudarlehen lag somit noch höher als bei den Neuverträgen. Der durchschnittliche Betrag aller neuen Baudarlehen der privaten Bausparkassen betrug 36.400 Euro.

Ende 2009 belief sich der Bestand aller Baudarlehen in den Büchern der privaten Bausparkassen auf 88,7 Mrd. Euro. Nach einer Zunahme um 3,3 Prozent wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht.

ANZAHL UND PERSONALSTÄRKE DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

Anfang 2009 waren in der Bundesrepublik Deutschland 15 private Bausparkassen tätig. Im Laufe des Berichtsjahres wurde eine Gesellschaft auf eine andere verschmolzen. Alle 14 bestehenden privaten Bausparkassen werden in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt und gehören dem Verband an.

Die privaten Bausparkassen beschäftigten Ende 2009 rund 8.200 Mitarbeiter. Davon waren 4.600 weibliche und 3.600 männliche Mitarbeiter bei den Bausparkassen angestellt. Rund 800 Mitarbeiter befanden sich in der Ausbildung.

Nach Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitkräfte ergibt sich eine Personenzahl von gut 7.300. Die rechnerisch auf einen vollbeschäftigten Mitarbeiter entfallende Bilanzsumme stieg um 13,0 Prozent auf über 19,4 Mio. Euro an. Die Anzahl der Bausparverträge, die im Durchschnitt von einem Mitarbeiter betreut werden konnte, erhöhte sich um 7,8 Prozent auf 2.620.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland

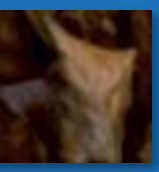
Einige private Bausparkassen bieten Bausparverträge in mittel- und osteuropäischen Ländern an. Dazu halten sie oder ihre Konzernmütter Anteile an einer Bausparkasse oder einem anderen Institut in diesen Ländern.

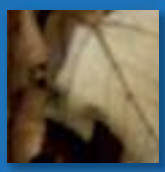
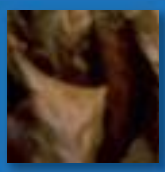
Ihr Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum ist beträchtlich. Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt Bausparen oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit für Wohnbedarf dar.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland 2009

	Umrechnungskurse per Ende 2009[1]	Eingelöstes Neugeschäft		Bestand an Bausparverträgen am 31.12.2009		Spargeldeingang[3]
		Anzahl[2]	Bausparsumme in Mio. €	Anzahl	Bausparsumme in Mio. €	in Mio. €
Tschechien	26,357 CZK/€	371.159	5.705,0	2.505.820	33.051,4	1.442,7
Slowakei	-	245.625	2.018,0	1.010.167	12.243,0	490,0
Ungarn	272,265 HUF/€	130.612	1.016,6	622.038	4.597,6	250,6
Rumänien	4,232 RON/€	28.018	75,1	130.996	543,2	23,2
Kroatien	7,288 HRK/€	25.594	180,3	123.322	844,0	48,6

1) Mittlerer Geld/Brief-Devisenkurs im Freiverkehr.
2) Einschließlich Erhöhungen.
3) Ohne Zinsgutschriften.



Polster schaffen.

Bausparen heißt Eigenkapital aufbauen –

als Grundlage einer soliden Finanzierung des Lebenstraums.

Wohnungspolitische Diskussion

Der Verband hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl intensiv mit den Wahlprogrammen befasst. Wichtigstes Ziel war, die Politik von der Notwendigkeit einer „Kultur des Wohneigentums" zu überzeugen. Dazu gehörte auch die Forderung nach Erhalt des bewährten Förderinstrumentariums. Ferner machte sich der Verband für einen „Investitionszuschuss für Starterhaushalte" und „Systemverbesserungen bei der Eigenheimrente" stark.

Die Beibehaltung des bewährten Förderinstrumentariums nach der Bundestagswahl ist positiv zu bewerten. Das Gleiche gilt für das grundsätzliche Bekenntnis der Koalitionsparteien zur Erhöhung der Wohneigentumsquote und zur Notwendigkeit eines Wohnungsneubaus. Allerdings fehlt es im Koalitionsvertrag an konkreten Umsetzungsschritten.

Verbesserungen bei der Eigenheimrente geplant

Die vom Verband vorgeschlagenen Verbesserungen bei der Eigenheimrente hat die Koalition mit der Formulierung berücksichtigt, dass die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge entbürokratisiert und flexibilisiert werden soll.

Zu den Verbesserungsvorschlägen des Verbandes zählt unter anderem die Einbeziehung von Aufwendungen für den altersgerechten/behindertengerechten (barrierearmen) Umbau bestehender Immobilien in die Förderung. Außerdem wird eine höhere Flexibilität bei anschaffungsnahen Herstellungsaufwendun-

gen gefordert. Diese sind heute nur mit umfasst, wenn deren Höhe 15 Prozent der Anschaffungskosten übersteigt. Der Verband empfiehlt, auch kleinere Investitionssummen zuzulassen. Aus sozialpolitischen Gründen wäre es zudem wünschenswert, wenn Zulageberechtigte, die ihre Immobilie krankheits- oder pflegebedingt nicht mehr nutzen können und sie veräußern bzw. vermieten müssen, die Versteuerung des im Wohnförderkonto erfassten Betrags nicht vorziehen müssten.

Bildungssparen mit Bausparen?

Im Koalitionsvertrag wurde die Einführung eines Bildungssparens in Aussicht gestellt – „beispielsweise" durch ein Zukunftskonto mit einem Startguthaben von 150 Euro für Neugeborene und Unterstützung von Einzahlungen bis zur Volljährigkeit mit einer Prämie. Dabei stellt sich die Frage, ob das Bausparsystem dafür nicht als Modell gelten kann. Denn im Nachgang zum Koalitionsvertrag hatte Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan in einem Interview erklärt: „Das Bausparen hat doch gezeigt, dass so etwas funktioniert, wenn der Staat eine Zulage zahlt oder die Beiträge steuerlich absetzbar macht."

Der Verband bevorzugt in diesem Zusammenhang ein „Vorsorgemodell" statt eines „Verschuldungsmodells" mit dem Fokus „berufliche Erstausbildung". Wenn die Politik dies wünscht, bietet er sich als Partner für eine haushaltsmäßig tragfähige Lösung an, vorausgesetzt, die Sicherheitsarchitektur des Bausparens bleibt trotz notwendiger gesetzlicher Änderungen erhalten.

Umfragen zum „Sparklima“ in Deutschland

Im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen hat TNS Infratest, Bielefeld, im Jahr 2009 drei weitere repräsentative Umfragen der Bundesbürger zum Sparverhalten in West- und Ostdeutschland (2.000 Telefoninterviews) durchgeführt (März, Juni und Oktober 2009). Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Anteil der Zwecksparer auf 10-Jahres-Tiefstand

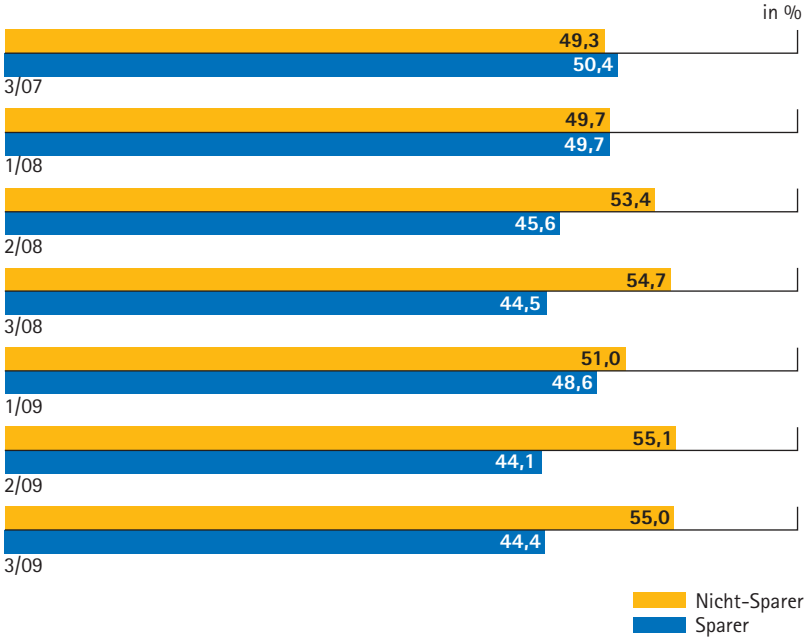
Im Oktober 2009 lag der Anteil der Zwecksparer auf einem 10-Jahres-Tiefstand bei den Herbstumfragen. Die Quote der Zwecksparer hat sich nicht erholt und die Ergebnisse der Jahre vor 2008 wurden nicht mehr erreicht. Dies gilt insbesondere auch für das Jahresmittel: Seit 2005 setzt sich der Trend des nachlassenden Zwecksparens langsam, aber unaufhaltsam fort.

Bei denjenigen, die sparen, ergab sich folgende Verteilung der wichtigsten Sparziele (Anteile in %):

	3/09	2/09	1/09	3/08	2/08	1/08	3/07
Altersvorsorge:	60,3	62,1	65,8	57,9	55,4	61,9	66,5
Konsum/Anschaffungen (Autokauf o. ä.):	59,3	58,5	59,9	57,7	55,1	63,5	59,1
Erwerb/Renovierung von Wohneigentum:	52,0	49,3	50,6	46,5	41,3	52,4	54,9
Kapitalanlage:	32,2	35,6	36,7	26,2	33,6	42,9	49,6
Notgroschen/Reserve:	4,3	3,3	4,6	4,1	3,6	3,3	4,5
Ausbildung der Kinder:	4,0	4,2	5,7	3,3	4,2	4,0	5,9
Sonstiges:	5,1	6,0	5,7	5,5	5,7	4,8	5,7

(Die Summe dieser Anteile ergibt mehr als 100 %, d. h., es wurden teilweise mehrere Sparziele angegeben.)

Anteile der Sparer bzw. Nicht-Sparer



Wohneigentum nimmt als Sparziel deutlich zu

Im Vergleich der Jahresdurchschnitte 2009 zu 2008 zeigt sich, dass die „Altersvorsorge", die 2008 ihren alleinigen Spitzenplatz eingebüßt hatte, ihn nach einem kräftigen Zuwachs um 4 Prozentpunkte auf 63 Prozent wieder zurückerobern konnte. Der „Konsum" hielt mit 59 Prozent das Vorjahresniveau. „Wohneigentum" gewann 4 Prozentpunkte hinzu und lag mit 51 Prozent auf Platz 3. Das Sparziel „Kapitalbildung" war mit 35 Prozent sowenig populär wie 2008.

Auf die Frage hinsichtlich des künftigen Sparverhaltens ergaben sich folgende Antworten (Anteile in %):

	3/09	2/09	1/09	3/08	2/08	1/08	3/07
Mehr:	8,5	7,5	9,0	8,3	8,8	8,8	7,6
Weniger:	14,1	15,5	16,7	16,4	16,5	13,1	16,1
Etwa gleich viel:	69,7	68,5	67,9	67,4	67,1	68,9	69,7
Weiß nicht und keine Angabe:	7,7	8,6	6,3	7,9	7,6	9,1	6,7

Sparverhalten bleibt stabil

Die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkung auf die Lage der privaten Haushalte führte im Herbst 2009 noch nicht dazu, dass weniger gespart werden sollte. Damals rechneten nur 14 Prozent der Deutschen damit, ihr Sparvolumen zukünftig reduzieren zu müssen. Auch über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, war dies ein ausgesprochen geringer Wert, der ein wenig alarmierendes Licht auf die Gemütslage der Deutschen warf, zumal der Anteil derjenigen, die verstärktes Sparen planten, mit knapp 9 Prozent im Rahmen dessen lag, was seit Jahren üblich ist.

Nach der damaligen Einschätzung der Bundesbürger wird es zukünftig mehrheitlich bleiben wie es ist. 70 Prozent werden nicht mehr, aber auch nicht weniger sparen als bislang. Von akuter Krisenstimmung war hier nichts zu spüren.

Bei denjenigen Haushalten, die angaben, mehr sparen zu wollen, ergab sich folgende Verteilung der Gründe für dieses Mehrsparen (Anteile in %):

	3/09	2/09	1/09	3/08	2/08	1/08	3/07
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	28,9	29,9	16,2	15,2	24,2	33,7	25,5
Allgemeines Sparen für die Zukunft:	24,2	25,8	19,3	20,4	26,4	13,1	23,4
Größere Anschaffungen:	18,9	19,9	23,2	18,5	12,7	21,8	18,8
Steigende Ausgaben:	14,1	6,8	21,7	16,9	18,9	14,2	14,5
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	8,3	9,4	11,5	7,8	10,9	10,4	8,2
Steigendes Konsumbedürfnis:	7,8	5,3	12,1	9,6	10,5	9,3	7,7
Allgemeine wirtschaftliche und politische Situation:	6,8	4,6	11,4	5,7	2,3	2,5	1,8
Urlaub:	5,6	11,4	12,0	8,7	14,8	17,0	13,7
Unsichere Altersvorsorge:	5,4	5,4	8,4	8,3	12,6	9,8	10,7
Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen:	1,5	2,2	7,7	3,3	3,3	3,7	6,5
Arbeitslosigkeit:	1,1	1,8	5,8	0,8	1,0	3,6	1,7

Weitgehend krisenresistent zeigten sich diejenigen Deutschen, die in Zukunft mehr Geld beiseite legen wollen. Die Gründe für ein steigendes Sparvolumen entsprachen weitestgehend denen, die auch 2008 genannt wurden. Motive mit direktem Krisenbezug – Notgroschen und die Furcht vor Arbeitslosigkeit – erwiesen sich im Jahresvergleich als unauffällig. Sie veränderten sich kaum gegenüber dem Vorjahr und – noch wichtiger – gegenüber den Jahren 2007 und früher.

Saisonal rückte allerdings ein Motiv stark in den Vordergrund: das einer beruflichen Veränderung. Die Möglichkeit dazu war im Oktober 2009 (29 Prozent) deutlich stärker in den Köpfen der Mehrsparer präsent als im Oktober 2008 (15 Prozent). Sorgen um private Konsequenzen der Wirtschaftskrise, in milder Form noch diesseits von Einkommenseinbußen oder gar Arbeitslosigkeit, traten hier durch die Hintertür auch bei denjenigen ein, die über genügend Liquidität verfügten, um ihre Sparquote noch zu steigern.

Ein anderer Teil der Mehrsparer setzte stärker auf größere Anschaffungen. Dieses Motiv hat sich seit 2006 stetig in den Vordergrund geschoben und wurde im Herbst 2009 von jedem fünften Mehrsparer (19 Prozent) als Grund genannt. Dabei setzte man offensichtlich nicht darauf, dass der damals aktuelle Trend sinkender Verbraucherpreise mittelfristig anhalten würde, denn 14 Prozent geben an, dass steigende Lebenshaltungskosten sie zu verstärktem Sparen motivieren.

Bei den Haushalten, die künftig weniger sparen wollen, liegen folgende Gründe vor (Anteile in %):

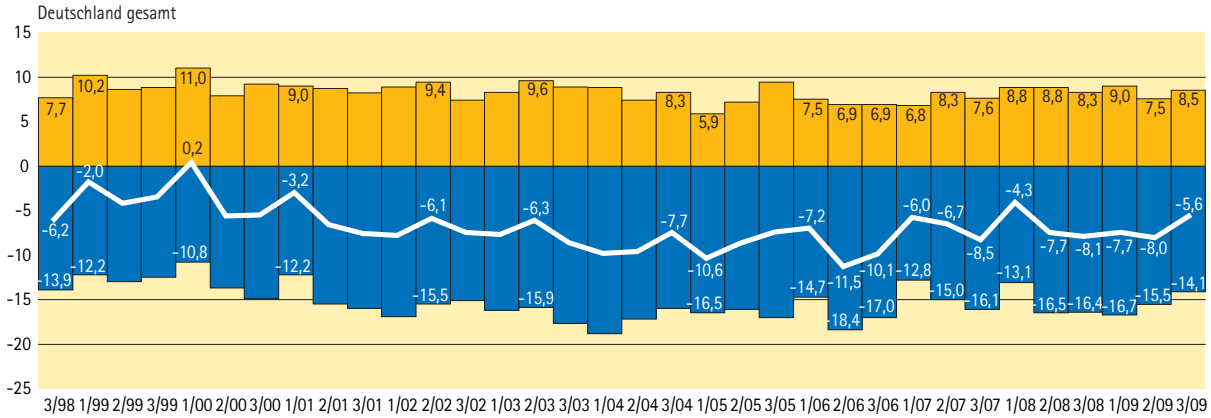
	3/09	2/09	1/09	3/08	2/08	1/08	3/07
Fehlende Einkommenssteigerungen/Einkommenseinbußen:	34,5	29,3	27,1	26,9	29,0	27,2	27,0
Steigende Ausgaben/ Lebenshaltungskosten:	33,3	28,9	39,1	49,1	54,0	42,0	44,3
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	10,6	14,7	11,9	5,4	4,0	9,4	7,0
Allgemeine wirtschaftliche und politische Situation:	10,3	10,2	11,1	11,8	9,2	12,0	4,3
Steigendes Konsumbedürfnis:	10,3	4,1	5,5	7,4	5,6	5,3	7,3
Sparen macht keinen Sinn:	10,0	9,9	8,3	6,8	9,0	7,2	8,2
Arbeitslosigkeit:	7,6	11,6	12,5	4,7	6,2	3,7	5,3
Unsichere Altersvorsorge:	7,6	8,1	8,9	5,6	4,9	6,1	10,4
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	5,3	2,9	7,5	3,7	4,3	7,4	7,1
Größere Anschaffungen:	5,2	5,8	6,1	1,7	3,6	4,4	4,9
Urlaub:	1,0	9,1	5,3	0,2	5,1	6,6	3,1

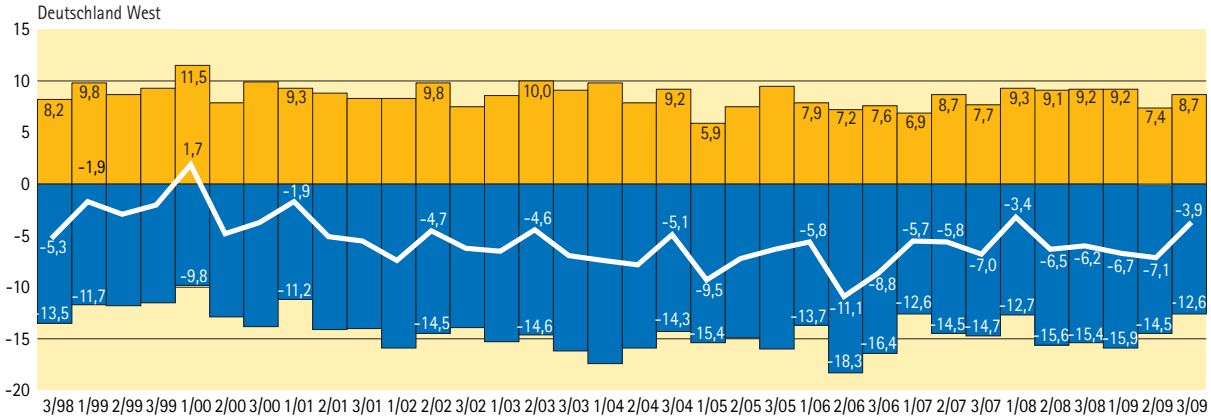
Steigende Lebenshaltungskosten machten im Herbst 2009 33 Prozent als Grund für nachlassendes Sparen verantwortlich. Ein Jahr zuvor waren es noch 49 Prozent. Diesem drastischen Bedeutungsverlust eines Motivs stand kein Bedeutungsgewinn eines anderen Motivs in ähnlicher Größenordnung entgegen. Aber es gab Veränderungen: Die Einkommenssituation wurde zunehmend ungünstiger (+ 5 Prozentpunkte gegenüber Oktober 2008) beurteilt, die tatsächliche oder wahrscheinliche Arbeitslosigkeit gewann an Bedeutung (+ 3 Prozentpunkte), bewegte sich dabei aber trotzdem noch auf einem Level, das aus früheren Jahren (2003 bis 2005) bekannt war.

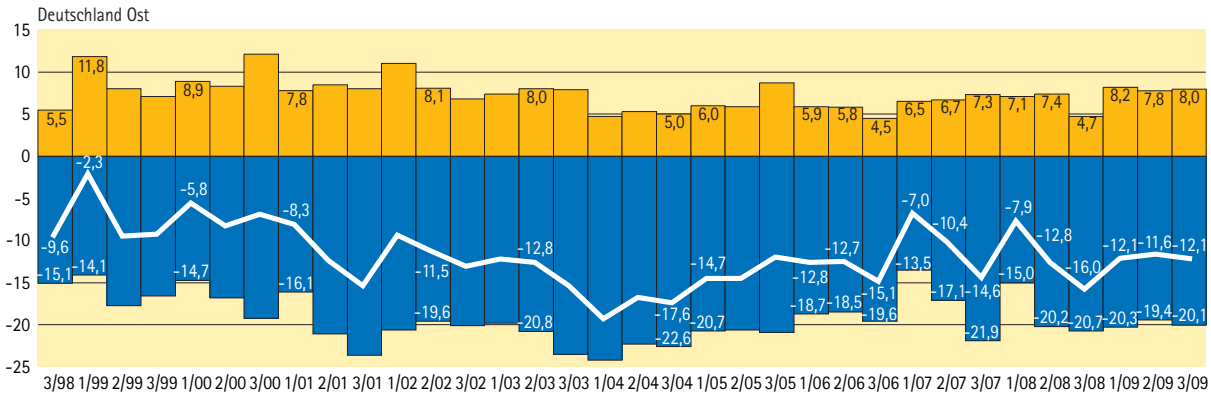
Weiterhin galt: Das Sparen wird hochgradig erschwert durch die „normale", unzureichende Einkommenslage. Wer weniger sparen kann, gab sehr häufig (Oktober 2009: 35 Prozent) das unzureichende Einkommen als Grund hierfür an. Im Herbst 2008 waren es erst 27 Prozent. Mit anderen Worten: Man spart weniger, weil das Einkommen nichts anderes hergibt.

Der aus der Untersuchung abgeleitete Sparklima-Index des Verbandes wird als Saldo aus den Prozent-Anteilen derjenigen, die künftig mehr sparen wollen, und derjenigen, die künftig weniger sparen wollen, berechnet. Hier zeigte sich eine erfreuliche Veränderung: Der Index stieg im Vergleich der Herbstumfragen von -8,0 Prozent auf -5,6 Prozent. In Westdeutschland gab es einen Anstieg von -7,1 Prozent auf -3,9 Prozent, in Ostdeutschland nur einen leichten Rückgang von -11,6 Prozent auf -12,1 Prozent.

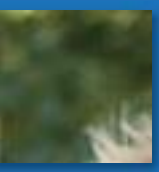
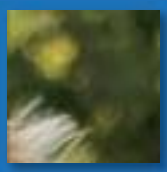
Sparklima-Index







Kurve = Differenz aus den Prozentsätzen derjenigen, die mehr sparen wollen, und derjenigen, die weniger sparen wollen.

Millionenfach bewährt.

In Deutschland gibt es über 30 Millionen Bausparverträge – ein großer Vertrauensbeweis.

Eigenkapitalvorschriften

PAPIERE DES BASLER AUSSCHUSSES

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht nahm im Juli 2009 Verbesserungen am Rahmenwerk Basel II vor. Die punktuellen Änderungen an den Mindestkapitalanforderungen und an den Offenlegungsanforderungen sollen von den Banken spätestens bis zum 31. Dezember 2010 angewandt werden.

Der Basler Ausschuss erklärte, dass die sogenannten Kapital-Floors nach Basel I über das Jahr 2009 hinaus aufrecht erhalten werden. Er kündigte zugleich ein weitergehendes Konsultationspapier an, das darauf zielen werde,

- die Bildung eines Kapitalpuffers für Stressperioden zu fördern,
- die Qualität der Eigenmittel zu verbessern und
- eine zusätzliche Sicherung gegen den Leverage-Aufbau einzuführen.

Mitte Dezember 2009 legte der Basler Ausschuss ein Konsultationspapier zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors mit den angekündigten Schwerpunkten vor. Der Ausschuss erklärte, er sei sich der Aufgabe bewusst, die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors auf lange Sicht in einer Weise zu erhöhen, dass negative Effekte auf die Kreditvergabe vermieden werden. Deshalb werde der Ausschuss Auswirkungsstudien durchführen, wobei alle Elemente des Konsultationspakets berücksichtigt werden sollen. Die neuen

Standards sollen bis Ende 2010 kalibriert werden. Es sei das Ziel, sie zum Jahresende 2012 einzuführen, wenn die wirtschaftliche Erholung gesichert ist.

EU-RICHTLINIEN ÜBER EINE ANGEMESSENE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

Die EU-Kommission legte Ende Juli 2009 ein Arbeitspapier ihrer Dienststellen mit folgenden Änderungsempfehlungen zu den Richtlinien über die Eigenkapitalausstattung zur Konsultation vor:

- Einführung eines antizyklischen Kapitalpuffers, der nicht den regulatorischen Eigenmitteln zugerechnet werden kann.
- Einführung spezieller Kapitalanforderungen für Fremdwährungskredite zur Finanzierung von Wohneigentum.

  Nach Auffassung der Dienststellen kann es der verantwortlichen Kreditvergabe widersprechen, dem Kreditnehmer einen Kredit in anderer Währung als der Währung seines Einkommens zu gewähren.
- Aufhebung nationaler Wahlrechte und Ermessensspielräume.

  Diejenigen nationalen Wahlrechte und Ermessensspielräume der Bankenrichtlinie, für deren Erhalt sich die Europäische Bausparkassenvereinigung ausgesprochen hatte, sind nicht materiell betroffen, sondern sollen zum Teil in allgemeines Recht (statt des Wahlrechts der Mitgliedstaaten) umgewandelt werden.

Darüber hinaus soll aber die Risikogewichtung von 35 Prozent für grundpfandrechtlich gesicherte Wohnungsfinanzierungskredite an die Anforderung geknüpft werden, dass die Beleihungsgrenze von 50 Prozent nicht überschritten wird. Auf die Einschätzung der Verhältnisse des nationalen Wohnungsfinanzierungsmarktes durch die zuständigen Aufsichtsbehörden soll es nicht mehr ankommen.

Die Europäische Bausparkassenvereinigung hat Anfang September 2009 auf die Konsultation der EU-Kommission eingehend geantwortet. Sie hat sich insbesondere gegen eine Erhöhung der notwendigen Eigenkapitalunterlegung für den normalen Hypothekarkredit durch Einführung einer europaweiten Beleihungsgrenze von 50 Prozent ausgesprochen.

Die EU-Kommission ist bestrebt, mit einem weiteren Änderungspaket zu den Eigenkapitalrichtlinien die Regelung des sogenannten Kapital-Floor nach Basel I über das Jahr 2009 hinaus zu verlängern. Hiergegen hat sich im Dezember 2009 die Europäische Bausparkassenvereinigung im Rahmen einer Stellungnahme des European Banking Industry Committee nachdrücklich ausgesprochen.

Die EU-Kommission hat im Februar 2010 ein Konsultationspapier zu Richtlinienänderungen, die ab Ende 2012 gelten sollen, veröffentlicht. Insbesondere werden folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Einführung von Liquiditätsstandards.
  Die Kommission schlägt eine kurzfristige Stress-Test-Kennziffer und eine Strukturkennziffer vor.
- Verschärfung der Eigenmitteldefinition.
- Festlegung einer maximalen Verschuldungsquote (Leverage-Limit).
- Antizyklische Maßnahmen (Bildung von Reserven für erwartete Verluste und/oder Einführung von Kapitalpuffern).
- Aufhebung nationaler Wahlrechte und Ermessensspielräume.

Unter dem Eindruck heftiger Kritik an den bisherigen Vorstellungen denkt die Kommission nun an die Einführung einer Beleihungsgrenze von 80 Prozent als Voraussetzung für die privilegierende Risikogewichtung von Hypothekarkrediten.

NATIONALE UMSETZUNG DER NEUEN EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN DER EU

Das Bundesministerium der Finanzen legte im Dezember 2009 einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie vor, der Änderungen des KWG, der Solvabilitätsverordnung und der Großkredit- und Millionenkreditverordnung vorsieht. Beide Bausparkassenverbände haben sich mit einer gemeinsamen Stellungnahme

gegen die vorgesehene Verschärfung der Voraussetzungen der Solvabilitätsverordnung für die Anwendung des Mischsatzes für die Risikogewichtung der Kredite der Bausparkassen an die Bausparer ausgesprochen.

Die Bundesregierung hat im März 2010 den Gesetzentwurf zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie verabschiedet, der zum Jahresende in Kraft gesetzt werden soll. Der Gesetzentwurf enthält nicht mehr die Änderung der Solvabilitätsverordnung und der Großkredit- und Millionenkreditverordnung, die erst nach weiteren Änderungen der europäischen Richtlinien geändert werden sollen.

SOLVABILITÄTSVERORDNUNG (SOLVV); ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN FÜR DIE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG UND -BERECHNUNG

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat Ende November 2009 unter Bezugnahme auf die Erklärung des Basler Ausschusses, dass der Kapital-Floor nach Basel I aufrecht erhalten wird, den Entwurf einer Änderungsverordnung zu § 339 SolvV vorgelegt. Nach dem Verordnungsentwurf soll der Grundsatz I-Floor über 2009 hinaus um zwei Jahre verlängert werden.

Die Verordnung zur Änderung der Solvabilitätsverordnung ist am 24. Dezember 2009 in Kraft getreten.

Risikomanagement

NEUFASSUNG DER MINDESTANFORDERUNGEN AN DAS RISIKOMANAGEMENT

Die BaFin hatte in Folge verschiedener internationaler Regulierungsinitiativen vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise im August 2009 eine Neufassung der MaRisk veröffentlicht. Die neuen Anforderungen waren grundsätzlich zum Jahresende 2009 umzusetzen. Beim Risikomanagement auf Gruppenebene sind besondere Maßstäbe aus spezialgesetzlichen Regelungen, wie z. B. bei Bausparkassen hinsichtlich der Kollektivsteuerung, zu berücksichtigen.

ANFORDERUNGEN AN VERGÜTUNGSSYSTEME

Die BaFin legte Anfang Dezember 2009 den Entwurf eines Rundschreibens zu Anforderungen an Vergütungssysteme vor, die „sofort und rigoros" umgesetzt werden sollten. Die vergütungsrelevanten Anforderungen der MaRisk sollten damit entfallen.

Beide Bausparkassenverbände haben gemeinsam Stellung genommen und insbesondere darauf hingewiesen, dass die besonderen Anforderungen des Rundschreibenentwurfs auf Bausparkassen regelmäßig nicht anzuwenden sind.

Die BaFin hat Ende Dezember 2009 ein Rundschreiben zu den Anforderungen an Vergütungssysteme bekannt gemacht und in Kraft gesetzt. Sie hat anerkannt, dass hinsichtlich der Selbsteinschätzung der Institute, von der die Anwendung der besonderen Anforderungen abhängt, bei Bausparkassen auch spezialgesetzliche Regelungen relevant sein können. Die BaFin hat zudem das Petitum der Bausparkassenverbände berücksichtigt, dass Handelsvertreter von der Mitarbeiterdefinition des Rundschreibens ausgenommen werden.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat Mitte Januar 2010 einen Gesetzentwurf über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme vorgelegt. Die Anforderungen an das Risikomanagement des § 25 a KWG sollen um „angemessene und transparente Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, die auf eine nachhaltige Entwicklung des Instituts ausgerichtet sind", ergänzt werden. Das BMF soll ermächtigt werden, durch eine Rechtsverordnung die näheren Einzelheiten festzulegen. Die Rechtsverordnung soll das BaFin-Rundschreiben ablösen.

ÜBERARBEITUNG DER PRÜFUNGSBERICHTSVERORDNUNG

Die BaFin entwarf im Mai 2009 eine Neufassung der Prüfungsberichtsverordnung, mit der die Verordnung risikoorientierter gestaltet und auf den Stand des Regelwerks „Basel II" gebracht werden sollte. Beide Bausparkassenverbände haben mit einem gemeinsamen Schreiben an die BaFin zu dem Entwurf Stellung genommen.

Die Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und der Finanzdienstleistungsinstitute sowie die darüber zu erstellenden Berichte ist am 26. November 2009 in Kraft getreten.

Reform der Rechnungslegungsvorschriften

ABLÖSUNG DES IAS 39

Das International Accounting Standards Board (IASB) legte im Juli 2009 ein erstes Teilkonzept für eine grundlegende Reform des für Finanzinstrumente geltenden IAS 39 vor, die nicht zuletzt auf dem G 20-Gipfel gefordert worden war. Der Standardentwurf enthält Vorschläge zur Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte.

Die Europäische Bausparkassenvereinigung hat im September 2009 in einem Schreiben an den IASB die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass mehr Risikopositionen als bisher zum Marktwert bewertet werden müssten, und ist dabei auf den Bausparvertrag gesondert eingegangen.

Der im November 2009 veröffentlichte Standard zu den Vermögenswerten wird von den Bausparkassen als gutes Ergebnis angesehen. Das IASB hat im Mai 2010 mit einem weiteren Standardentwurf Vorschläge zur Änderung der Bilanzierung finanzieller Verbindlichkeiten vorgelegt.

ANWENDUNG DES BILANZRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZES

Das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) war am 29. Mai 2009 in Kraft getreten.

Das Bundesministerium der Justiz erließ auf der Grundlage von § 253 HGB in der Fassung des BilMoG eine Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen, die am 26. November 2009 in Kraft getreten ist.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) legte den Entwurf eines Schreibens zur Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die steuerliche Gewinnermittlung nach Änderung des § 5 Abs. 1 EStG durch das BilMoG vor. Der Verband hat hierzu mehrere Änderungen angeregt. Das BMF hat im März 2010 mit einem Schreiben zur Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für die steuerliche Gewinnermittlung endgültig Stellung genommen.

Der Verband hat im März 2010 mit einem Schreiben an das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland zu den Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB Stellung genommen.

Eigenheimrentengesetz

ÄNDERUNG DER VORSCHRIFTEN

Das Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften trat am 15. April 2010 in Kraft. Mit dem Gesetz werden insbesondere einzelne einkommensteuerliche Vorschriften über die Altersvorsorgezulage an das Europarecht angepasst.

Im Hinblick auf den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien, nach dem die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge entbürokratisiert und flexibilisiert werden soll, sammelte der Verband Vorschläge seiner Mitglieder zur Verbesserung der Eigenheimrente.

Beide Bausparkassenverbände haben im April 2010 mit einem gemeinsamen Schreiben an das BMF zu dem Referentenentwurf eines Jahressteuergesetzes 2010 Stellung genommen und dabei steuertechnische Verbesserungsvorschläge zum Wohn-Riester angebracht. Sie haben u. a. vorgeschlagen, dass bei Bausparverträgen die Zuständigkeit für die Prüfung der Entnahmevoraussetzungen von der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) auf die Bausparkasse übertragen wird, wenn diese im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entnahme ein Darlehen zur wohnungswirtschaftlichen Verwendung gewährt.

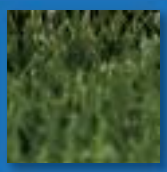
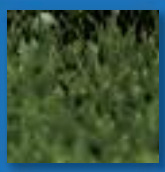
UMSETZUNG DES EIGENHEIMRENTENGESETZES; ALTERSVORSORGE-ZULAGENVERWALTUNG

Beide Bausparkassenverbände hatten im Juli 2009 der ZfA gemeinsame Vorschläge zum Antrag auf Entnahme des Altersvorsorge-Eigenheimbetrages und zum Verfahren der Entnahme unterbreitet. Die ZfA erörterte daraufhin im September 2009 mit beiden Bausparkassenverbänden die Möglichkeit, dass Bausparkassen die für die Prüfung der Entnahmevoraussetzung erforderlichen Daten an die ZfA übermitteln und das Vorliegen der den Daten zugrundeliegenden Nachweise bestätigen. Entsprechend dem Petitum der Verbände wird für die Beantragung des Eigenheimbetrages durch Bausparkassen eine Datenübermittlung per Datensatz vorgesehen. Beide Bausparkassenverbände haben mit einem gemeinsamen Schreiben an die ZfA zu dem Entwurf eines Datensatzes Stellung genommen und sich insbesondere dafür ausgesprochen, dass weitestgehend Klarheit über die beizubringenden Nachweise geschaffen wird.

Beide Bausparkassenverbände unterbreiteten im Juni 2009 dem BMF einen gemeinsamen Vorschlag zur Aufteilung des Vermögens und des Ertrags bei Altersvorsorgeverträgen in geförderte/nicht geförderte Beträge. Das BMF hat im Dezember 2009 den Bausparkassenverbänden mitgeteilt, dass das von ihnen dargelegte Verfahren zur Aufteilung von Leistungen bei der nachgelagerten Besteuerung ein zulässiges Verfahren darstellt.

Ebenfalls im Dezember 2009 hat das BMF den Entwurf einer Neufassung seines Schreibens vom 20. Januar 2009 zur steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge und der betrieblichen Altersversorgung vorgelegt. Der Verband hat zu dem Entwurf eines BMF-Schreibens Stellung genommen. Das neu gefasste BMF-Schreiben ist am 31. März 2010 veröffentlicht worden.

Beide Bausparkassenverbände haben im März 2010 mit einem gemeinsamen Schreiben an die ZfA einen Vorschlag für Unterlagen als Grundlage für die Entnahme im Falle eines Bausparvertrages vorgelegt. Die ZfA hat den Vorschlag der Bausparkassenverbände für die notwendigen Nachweise für den Entnahmeantrag aufgegriffen. Sie hat zudem Datensatzentwürfe für die Mitteilung zur Entscheidung über den Entnahmeantrag der ZfA und für die Anzeige der Auszahlung des Eigenheimbetrages durch den Anbieter vorgelegt.

Umweltgerecht bauen und modernisieren.

Wer in erneuerbare Energien investiert, spart langfristig Kosten und schützt die Umwelt – auch für nachfolgende Generationen.

Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes

Die Bundesregierung befasste sich Mitte 2009 mit Vorschlägen des Bundesrates für eine Änderung des Vermögensbildungsgesetzes:

- Sie lehnte den Vorschlag ab, zertifizierte Altersvorsorgeverträge in die Anlageformen des 5. VermBG aufzunehmen.
- Sie stimmte dem Vorschlag zu, die Zweijahresfrist für die Beantragung der Arbeitnehmer-Sparzulage zu streichen, so dass die in der Regel vierjährige Festsetzungsfrist nach der Abgabenordnung greift.

Mit dem Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen, dem sog. Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung, vom 16. Juli 2009 ist die Zweijahresfrist für die Beantragung der Arbeitnehmer-Sparzulage aufgehoben worden.

Neuregelung bei der Wohnungsbauprämie

Das BMF hat Ende März 2010 den Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2010 vorgelegt, mit dem das Wohnungsbau-Prämiengesetz und das Fünfte Vermögensbildungsgesetz derart geändert werden sollen, dass die Einhaltung der Einkommensgrenzen weiterhin im automatisierten Verfahren überprüft werden kann. Dazu sollen Kapitalerträge, die der Abgeltungsteuer unterliegen, nicht dem zu versteuernden Einkommen zugerechnet werden.

Mit dem Gesetz soll auch der Freistellungsauftrag um das Erfordernis der Identifikationsnummer des Steuerpflichtigen ergänzt werden. Die Kreditinstitute sollen die Identifikationsnummer für den Altbestand an Aufträgen beim Bundeszentralamt für Steuern mit einem maschinellen Verfahren abfragen können. Damit ist die Analogie zu einem Vorschlag der Bausparkassenverbände für die Einführung der Nummer im Bereich der Wohnungsbauprämie grundsätzlich gegeben.

Umsetzung der EU-Richtlinie über Zahlungsdienste; Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

Die Bundesregierung hatte im Oktober 2008 einen Gesetzentwurf zur Umsetzung des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie vorgelegt. Sie sprach sich dagegen aus, zugleich die Umstellung der bestehenden Einzugsermächtigung in das europäische SEPA-Lastschriftmandat gesetzlich festzulegen.

Der Verband und andere Verbände des Wirtschafts- und Sozialsektors begrüßten diese Haltung. Sie lehnen eine Umstellung auf SEPA-Lastschriftmandate, für die die Zustimmung des Zahlungspflichtigen erforderlich ist, aus Kostengründen ab.

Die EU-Kommission möchte einen Endtermin für die vollständige Migration der Zahlungsverkehrssysteme vorschlagen und startete im Juni 2009 eine Konsultation über einen Endtermin. Die Europäische Bausparkassenvereinigung hat sich in ihrer Antwort gegen die Festlegung eines Endtermins für die SEPA-Migration ausgesprochen.

Das Gesetz zur Umsetzung des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie ist am 3. April 2009 veröffentlicht worden und ist am 11. Juni 2010

in Kraft getreten. Das Gesetz zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie trat grundsätzlich am 31. Oktober 2009 in Kraft. Zahlungsvorgänge von Bausparkassen sind danach nicht als Zahlungsdienste anzusehen.

Das Europäische Parlament hat im März 2010 die Kommission aufgefordert, einen verbindlichen Termin für den Abschluss der Umstellung auf SEPA-Instrumente bis spätestens 31. Dezember 2012 festzulegen, wobei ab diesem Termin alle Zahlungen unter Verwendung der SEPA-Standards erfolgen müssten.

Der Verband und andere Verbände des Wirtschafts- und Sozialsektors haben Ende März ein gemeinsames Argumentationspapier zur Festsetzung von Enddaten für nationale Zahlungsinstrumente erstellt, in dem die notwendigen aber noch nicht erfüllten Voraussetzungen für die Festsetzung dargestellt werden.

Branchenlösung für die Quelle Bausparkasse

Bei der Quelle Bausparkasse waren nicht zuletzt vor dem Hintergrund des zuvor absehbaren Insolvenzverfahrens ihrer Namensvetterin Refinanzierungsfragen aufgetaucht, die mit dem Bauspargeschäft nichts zu tun hatten.

Am 3. September 2009 erklärte der Verband daraufhin öffentlich, dass er mit Hilfe einer Beteiligungsgesellschaft die Quelle Bausparkasse vorsorglich übernehmen und die Rechte der Kunden der Bausparkasse sichern wird. Mitte September 2009 erwarben die übrigen 13 privaten Bausparkassen und der Verband der Privaten Bausparkassen die Geschäftsanteile an der Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH. Am 6. Oktober 2009 kaufte diese Beteiligungsgesellschaft alle Aktien der Quelle Bausparkasse. Mit der Übernahme konnte die Refinanzierung des Instituts gesichert werden.

Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie

Der Verband hat sich im Verlauf des Jahres 2009 mehrfach mit der praktischen Umsetzung des „Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht" beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist auch ein Umsetzungsleitfaden erstellt worden. Dabei sind umfangreiche Fragen bezüglich der praktischen Anwendung insbesondere hinsichtlich der Effektivzinsberechnung bei Vor- und Zwischenkrediten, der Provisionsoffenlegung beim Vertrieb von Kreditverträgen und der Umsetzung der geänderten Vorschrift zur vorvertraglichen Information erörtert worden.

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Der Verband hat sich bezüglich der übergreifend stattfindenden Diskussionen zur Erhöhung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen im Verlauf des Jahres 2009 umfassend engagiert. Neben den konkreten Forderungen im Koalitionsvertrag zur Erhöhung des Verbraucherschutzes im Finanzdienstleistungsbereich stand auch die Regulierung der Finanzdienstleistungsvermittler im Vordergrund der Diskussion. Diesbezüglich hat der Verband an zahlreichen Anhörungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Parteien und Mi-

nisterien auf Bundes- und Landesebene, in welchen unterschiedliche Thesen zur Qualität der Finanzberatung und Qualifikation der Finanzvermittler erörtert wurden, teilgenommen.

Einlagensicherung

Der Verband hat die Reformüberlegungen der Europäischen Kommission, künftig die Einlagensicherungsrichtlinie grundlegend zu aktualisieren, eng begleitet. Die Europäische Kommission hatte vorgeschlagen, künftig das Einlagensicherungsniveau auf 100.000 Euro maximal festzusetzen. Darüber hinaus solle es aus Marktverzerrungsgesichtspunkten keinen höheren Einlagenschutz für Einleger geben.

Institute, die in freiwilligen oder institutssichernden Systemen Mitglied sind, sollen künftig nach den Vorschlägen der EU-Kommission Mitglied im gesetzlichen Einlagensicherungsfonds werden. Neben der Verkürzung der Auszahlungsfrist im Einlagensicherungsfall auf eine Woche, plant die EU auch die Einführung einheitlicher Musterinformationen für den Einleger.

Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen

Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen dient der außergerichtlichen Beilegung von rechtlichen Meinungsverschiedenheiten. Sollte es zu einer Streitigkeit mit einer privaten Bausparkasse kommen, besteht für den Kunden die Möglichkeit, Beschwerde bei der Kundenbeschwerdestelle des Verbandes einzureichen und eine Entscheidung durch die Ombudsleute herbeizuführen. Auf diese Weise kann oftmals ein teurer und langwieriger Rechtsstreit vermieden werden.

Im Berichtszeitraum konnten alle 686 im Jahr 2008 eingegangenen und bereits 75 Prozent der 557 im Jahr 2009 eingegangenen Beschwerden abgeschlossen werden. Betrachtet man den Ausgang der im Jahr 2008 eingereichten Verfahren ist zunächst festzustellen, dass sich neun Beschwerden gegen Landesbausparkassen richteten und somit nicht der Zuständigkeit der Ombudsleute der privaten Bausparkassen unterfielen.

Von den 677 gegen Mitglieder des Verbandes gerichteten Beschwerden konnten 207 Beschwerden bereits im Vorfeld einer Entscheidung durch die Ombudsleute erledigt werden. Hier zeigte sich erneut die Bereitschaft der Bausparkassen, ihren Kunden bei Unstimmigkeiten entgegen zu kommen. So halfen sie in 141 Fällen den Beschwerden gänzlich ab und verständigten sich in weiteren 43 Fällen auf einen Kompromiss mit den Beschwerdeführern. In den

übrigen 23 Fällen nahmen die Beschwerdeführer von einer weiteren Verfolgung ihres Begehrens Abstand.

Von den 470 den Ombudsleuten vorgelegten und durch Schlichtungsspruch entschiedenen Beschwerden waren 70 unzulässig, da verschiedene Verfahrenshindernisse einer Entscheidung im Ombudsverfahren entgegenstanden. So konnte das Verfahren beispielsweise dann nicht stattfinden, wenn die Klärung des Sachverhaltes eine Beweisaufnahme durch Zeugen- oder Parteivernehmung erforderte, die im Verfahren aber nicht vorgesehen ist. Weiterhin schied die Durchführung des Verfahrens aus, wenn der geltend gemachte Anspruch bereits verjährt war und sich die Bausparkasse auf den Eintritt der Verjährung berief. Schließlich konnte auch dann keine Entscheidung durch die Ombudsleute getroffen werden, wenn der Schlichtungsspruch die Entscheidung über eine in der höchstrichterlichen Rechtsprechung noch nicht entschiedene Grundsatzfrage erforderte.

Von den verbleibenden 400 zulässigen Beschwerden gingen 323 zugunsten der Bausparkasse und 55 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 22 Fällen wurde den Parteien ein Vergleichsvorschlag durch die Ombudsleute unterbreitet, der in der Regel auf beidseitige Zustimmung stieß.

Bei den insgesamt 557 im Jahr 2009 bei der Kundenbeschwerdestelle eingegangenen Beschwerden zeichnete sich hinsichtlich des Ausgangs dieser Verfahren ein ähnliches Bild ab: So wurden bislang 140 der insgesamt 547 gegen private Bausparkassen gerichteten Beschwerden im Vorfeld erledigt. 70 der

durch Schlichtungsspruch entschiedenen Beschwerden waren unzulässig. 158 gingen zugunsten der Bausparkasse und 15 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 22 Fällen erfolgte ein Vergleichsvorschlag. Die verbleibenden Beschwerden liegen den Ombudsleuten zur Entscheidung vor oder sind zum Teil noch nicht entscheidungsreif.

Zum Inhalt der im Jahr 2009 eingegangenen Beschwerden ist auszuführen, dass sich im Vergleich zum Vorjahresbericht keine relevanten Veränderungen ergeben haben. So entfiel ein Großteil der Beschwerden (23 Prozent) auf die vertragliche Verpflichtung, das Vorfinanzierungsdarlehen mit dem zur Tilgung dienenden Bausparvertrag abzulösen. Auch spielten Beschwerden im Zusammenhang mit Gebühren und Entgelten weiterhin eine wichtige Rolle im Ombudsverfahren (22 Prozent). Am häufigsten wurde hier die Erhebung einer Gebühr für die Beleihungswertermittlung gerügt. In 16 Prozent der Fälle machten Kunden eine unzureichende Beratung geltend. In fünf Prozent gab die Höhe der Bausparsumme Anlass zur Beschwerde. In weiteren fünf Prozent baten die Kunden um eine Überprüfung von Vorfälligkeitsentgelten. In zwei Prozent der Fälle ging es um die Annahme von Sparbeiträgen. Schließlich konnten 27 Prozent keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet werden.

Auch im Jahr 2010 wird die Möglichkeit zur außergerichtlichen Streitbeilegung von den Kunden der Bausparkasse genutzt. So gingen bis zum Mai 2010 200 Beschwerden bei der Kundenbeschwerdestelle ein, wobei sich 195 Beschwerden gegen private Bausparkassen richteten.

Ein eigenes Reich.

Bausparer kommen schneller als andere in die eigenen vier Wände – ein Stück gelebte Freiheit.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 2
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2008 und 2009

Tabelle 3
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 4
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 5
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 6
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 7
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2009

Tabelle 8
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2009

Tabelle 9
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2007 bis 2009

Tabelle 10
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 11
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 12
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2009

Tabelle 13
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 14
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 15
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 16
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 17
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Tabelle 18
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2009

Tabelle 19
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2009

Tabelle 20
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2009

Tabelle 21
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2009

Tabelle 22
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2004 bis 2009

Tabelle 23
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2004 bis 2009

Tabelle 24
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Informationen zur bisherigen Tabelle 1

Die bisherige Tabelle 1 muss leider entfallen,
da eine Institutsgruppe keine entsprechenden Daten mehr erhebt.

Tabelle 1:
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Auszahlungen nach Zuteilung[1]		Auszahlungen an Vor- und Zwischenkrediten		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen		Auszahlungen insgesamt
	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €
2000	22.870,8	60,1	13.323,0	35,0	1.854,0	4,9	38.047,8
2001	22.498,1	61,2	12.397,6	33,7	1.852,2	5,0	36.747,9
2002	19.657,6	56,8	12.749,5	36,8	2.214,6	6,4	34.621,7
2003	18.559,7	50,7	15.542,4	42,4	2.532,3	6,9	36.634,4
2004	17.252,0	51,9	13.726,3	41,3	2.245,9	6,8	33.224,2
2005	15.664,0	52,3	12.362,3	41,3	1.924,2	6,4	29.950,6[2]
2006	17.846,3	56,1	11.950,1	37,6	2.000,0	6,3	31.796,4
2007	21.385,7	61,0	11.838,4	33,8	1.829,0	5,2	35.053,1
2008	26.126,9	63,9	12.355,1	30,2	2.384,7	5,8	40.866,7
2009	19.329,5	58,3	11.633,7	35,1	2.207,8	6,7	33.171,0

1) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge. Bauspareinlagen und Bauspardarlehen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2:
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2008 und 2009

Bundesland	2008				2009			
	Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]		Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]	
	Anzahl	%	Mio. €	%	Anzahl	%	Mio. €	%
Schleswig-Holstein	7.374	4,2	1.410,6	3,5	8.037	4,5	1.217,0	3,8
Hamburg	3.765	2,2	521,6	1,3	4.186	2,4	401,7	1,2
Niedersachsen	13.158	7,5	3.908,3	9,8	15.431	8,7	3.367,6	10,4
Bremen	872	0,5	265,4	0,7	1.351	0,8	215,1	0,7
Nordrhein-Westfalen	34.451	19,7	7.387,8	18,6	35.991	20,2	5.910,1	18,2
Hessen	12.126	6,9	2.985,1	7,5	11.226	6,3	2.356,1	7,3
Rheinland-Pfalz	9.023	5,2	2.459,2	6,2	8.562	4,8	2.065,1	6,4
Baden-Württemberg	25.971	14,9	6.724,0	16,9	26.546	14,9	5.491,7	16,9
Bayern	35.046	20,1	7.495,4	18,9	36.050	20,3	6.066,8	18,7
Saarland	1.473	0,8	553,5	1,4	1.393	0,8	465,3	1,4
Berlin	6.325	3,6	746,3	1,9	5.646	3,2	630,6	1,9
Brandenburg	7.454	4,3	1.132,4	2,8	7.295	4,1	914,4	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	5.032	2,9	630,1	1,6	4.858	2,7	533,3	1,6
Sachsen	6.027	3,5	1.650,6	4,2	5.532	3,1	1.264,5	3,9
Sachsen-Anhalt	3.771	2,2	932,6	2,3	2.566	1,4	753,0	2,3
Thüringen	2.727	1,6	949,5	2,4	3.269	1,8	771,4	2,4
Deutschland	**174.595**	**100,1**	**39.752,2[3]**	**100,0**	**177.939**	**100,0**	**32.423,7**	**99,9**

1) In Wohn- und Nichtwohnbauten. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.
Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 3:
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]	
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
a) In Westdeutschland[2]				
2000	2.696.141	- 16,4	61.613,9	- 14,1
2001	2.767.940	+ 2,7	63.190,3	+ 2,6
2002	2.847.214	+ 2,9	67.272,6	+ 6,5
2003	3.826.734	+ 34,4	89.509,2	+ 33,1
2004	3.318.425	- 13,3	82.523,3	- 7,8
2005	3.068.924	- 7,5	81.099,1	- 1,7
2006	2.867.327	- 6,6	82.357,4	+ 1,6
2007	2.582.768	- 9,9	77.493,1	- 5,9
2008	2.915.707	+ 12,9	84.223,9	+ 8,7
2009	2.502.853	- 14,2	75.605,1	- 10,2
b) In Ostdeutschland[2]				
2000	561.764	- 15,7	11.351,8	- 14,4
2001	595.355	+ 6,0	11.700,4	+ 3,1
2002	619.133	+ 4,0	12.221,9	+ 4,5
2003	823.423	+ 33,0	15.842,2	+ 29,6
2004	695.310	- 15,6	13.697,5	- 13,5
2005	641.782	- 7,7	12.991,5	- 5,2
2006	601.714	- 6,2	12.650,5	- 2,6
2007	524.417	- 12,8	11.698,3	- 7,5
2008	612.154	+ 16,7	13.137,2	+ 12,3
2009	508.696	- 16,9	11.690,9	- 11,0
c) In Deutschland insgesamt[3]				
2000	3.273.334	- 16,3	73.558,7	- 14,1
2001	3.380.055	+ 3,3	75.620,4	+ 2,8
2002	3.485.234	+ 3,1	80.422,3	+ 6,4
2003	4.671.181	+ 34,0	106.458,4	+ 32,4
2004	4.035.097	- 13,6	97.361,4	- 8,5
2005	3.733.856	- 7,5	95.420,2	- 2,0
2006	3.492.059	- 6,5	96.383,4	+ 1,0
2007	3.128.851	- 10,4	90.442,2	- 6,2
2008	3.549.190	+ 13,4	98.612,1	+ 9,0
2009	3.031.316	- 14,6	88.481,6	- 10,3

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.
3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 4:
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2000	24.761.348	496.516,0	8.112.783	162.176,7	32.874.131	658.692,8[1]
2001	24.694.542	505.771,9	7.892.227	160.274,6	32.586.769	666.046,5
2002	24.909.136	523.087,4	7.513.089	154.896,5	32.422.225	677.983,8[1]
2003	26.100.320	560.445,5	6.902.958	143.579,7	33.003.278	704.025,2
2004	26.826.617	589.792,7	6.299.203	133.245,8	33.125.820	723.038,5
2005	27.120.072	613.208,1	5.543.257	118.058,9	32.663.329	731.267,0
2006	26.976.775	629.966,9	4.962.957	108.496,5	31.939.732	738.463,4
2007	26.431.481	637.549,4	4.627.061	105.838,9	31.058.542	743.388,3
2008	26.050.335	646.269,5	4.470.267	107.675,1	30.520.602	753.944,6
2009	25.879.006	657.745,5	4.230.794	105.700,2	30.109.800	763.445,7

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 5:
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Spargeldeingänge[1]		Zins- und Tilgungseingänge		Wohnungsbauprämien		Geldeingänge insgesamt	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2000	21.803,4	- 10,5	14.384,8	- 15,8	466,4	+ 9,1	36.654,6	- 12,5
2001	21.589,5	- 1,0	14.452,0	+ 0,5	515,6	+ 10,6	36.557,1	- 0,3
2002	22.926,5	+ 6,2	13.944,7	- 3,5	508,7	- 1,3	37.379,8[2]	+ 2,3
2003	26.063,7	+ 13,7	14.455,0	+ 3,7	653,1	+ 28,4	41.171,8	+ 10,1
2004	25.775,9	- 1,1	13.288,5	- 8,1	621,9	- 4,8	39.686,3	- 3,6
2005	26.171,2	+ 1,5	13.677,4	+ 2,9	517,3	- 16,8	40.365,9	+ 1,7
2006	25.476,1	- 2,7	11.458,5	- 16,2	516,2	- 0,2	37.450,8	- 7,2
2007	24.386,9	- 4,3	10.388,1	- 9,3	468,9	- 9,2	35.244,0[2]	- 5,9
2008	23.997,2	- 1,6	10.195,6	- 1,9	479,5	+ 2,2	34.672,4[2]	- 1,6
2009	25.258,6	+ 5,3	11.443,8	+ 12,2	455,5	- 5,0	37.157,9	+ 7,2

1) Ohne Zinsgutschriften.
2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 6:
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag (€)
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
a) In Westdeutschland[2]					
2000	1.706.279	- 18,1	39.942,2	- 16,2	23.409
2001	1.723.949	+ 1,0	40.779,9	+ 2,1	23.655
2002	1.758.805	+ 2,0	42.939,8	+ 5,3	24.414
2003	2.355.051	+ 33,9	57.257,6	+ 33,3	24.313
2004	2.011.103	- 14,6	52.246,1	- 8,8	25.979
2005	1.823.118	- 9,3	50.432,0	- 3,5	27.663
2006	1.707.059	- 6,4	51.148,7	+ 1,4	29.963
2007	1.487.675	- 12,9	47.709,2	- 6,7	32.070
2008	1.694.817	+ 13,9	52.942,9	+ 11,0	31.238
2009	1.480.077	- 12,7	46.855,1	- 11,5	31.657
b) In Ostdeutschland[2]					
2000	382.351	- 19,8	8.365,0	- 16,9	21.878
2001	381.151	- 0,3	8.274,4	- 1,1	21.709
2002	391.324	+ 2,7	8.494,5	+ 2,7	21.707
2003	523.415	+ 33,8	10.981,3	+ 29,3	20.980
2004	426.083	- 18,6	9.333,1	- 15,0	21.905
2005	388.175	- 8,9	8.765,8	- 6,1	22.582
2006	366.450	- 5,6	8.600,7	- 1,9	23.470
2007	314.852	- 14,1	7.868,2	- 8,5	24.990
2008	359.372	+ 14,1	8.640,1	+ 9,8	24.042
2009	314.757	- 12,4	7.949,0	- 8,0	25.254
c) In Deutschland insgesamt[3]					
2000	2.104.059	- 18,4	48.900,2	- 16,2	23.241
2001	2.121.860	+ 0,8	49.784,1	+ 1,8	23.462
2002	2.169.016	+ 2,2	52.362,1	+ 5,2	24.141
2003	2.899.490	+ 33,7	69.345,9	+ 32,4	23.917
2004	2.458.548	- 15,2	62.720,0	- 9,6	25.511
2005	2.234.443	- 9,1	60.527,5	- 3,5	27.088
2006	2.096.527	- 6,2	61.124,9	+ 1,0	29.155
2007	1.824.193	- 13,0	56.828,2	- 7,0	31.153
2008	2.075.518	+ 13,8	62.833,9	+ 10,6	30.274
2009	1.814.601	- 12,6	55.989,6	- 10,9	30.855

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.
3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 7:
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2009

Monat	Eingelöste Bausparverträge			Spargeldeingang[2]	
	Anzahl	Bausparsummen[1]			
		Mio. €	%	Mio. €	%
Januar	198.713	5.346,2	9,5	1.167,5	7,2
Februar	170.669	4.785,9	8,5	1.194,6	7,3
März	163.765	4.878,1	8,7	1.572,8	9,6
April	136.332	4.285,2	7,7	1.276,4	7,8
Mai	129.200	4.014,2	7,2	1.214,7	7,5
Juni	132.451	4.262,5	7,6	1.374,9	8,4
Juli	135.717	4.427,1	7,9	1.314,2	8,1
August	131.080	4.192,1	7,5	1.270,8	7,8
September	138.890	4.473,5	8,0	1.408,0	8,6
Oktober	143.395	4.617,2	8,2	1.320,3	8,1
November	151.169	4.792,5	8,6	1.395,5	8,6
Dezember	183.220	5.915,1	10,6	1.790,9	11,0
Summe	**1.814.601**	**55.989,6**	**100,0**	**16.300,6**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 8:
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2009

Berufsgruppe	Eingelöste Bausparverträge					Darlehensnehmer	
	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittl. Bausparsumme je Vertrag (€)	Anzahl	
	absolut	%	Mio. €	%		absolut	%
Arbeiter[2]	349.948	19,3	10.568,2	18,9	30.199	81.656	20,6
Angestellte	741.755	40,9	23.550,4	42,1	31.750	174.989	44,1
Beamte	135.166	7,4	3.917,0	7,0	28.979	37.244	9,4
Rentner und Pensionäre	179.553	9,9	4.549,7	8,1	25.339	51.235	12,9
Selbständige in Handel, Handwerk und Industrie	41.107	2,3	2.266,2	4,0	55.130	18.923	4,8
Land- und Forstwirte	6.870	0,4	335,6	0,6	48.857	1.803	0,5
Freie Berufe	12.383	0,7	772,9	1,4	62.414	3.834	1,0
Juristische Personen	1.598	0,1	553,8	1,0	346.547	347	0,1
Personen ohne Beruf, Schüler, Studenten und Hausfrauen	326.454	18,0	8.290,2	14,8	25.395	26.595	6,7
Bausparer mit Sitz im Ausland[3]	19.767	1,1	1.185,6	2,1	59.977	---	---
Insgesamt	**1.814.601**	**100,1**	**55.989,6**	**100,0**	**30.855**	**396.626**	**100,1**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Einschließlich nicht selbständiger Handwerker.

3) Bausparer mit Sitz im Ausland unter den Darlehensnehmern sind den einzelnen Berufsgruppen zugeordnet.

Tabelle 9:
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2007 bis 2009

Alter der Bausparer (31.12.)	Anteile an den eingelösten Bausparverträgen (%)					
	Anzahl			Bausparsumme[1]		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009
unter 20 Jahre	8,7	9,0	8,8	5,2	5,9	5,6
20 bis unter 30 Jahre	16,3	16,7	17,9	16,7	17,4	17,0
30 bis unter 40 Jahre	19,1	16,5	17,8	23,7	21,0	21,7
40 bis unter 50 Jahre	23,4	22,7	23,1	26,3	25,6	26,2
50 bis unter 60 Jahre	18,2	18,1	18,1	16,7	17,0	17,4
60 Jahre und mehr	14,3	17,1	14,2	11,4	13,2	12,1
Insgesamt	**100,0**	**100,1**	**99,9**	**100,0**	**100,1**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 10:
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2000	16.473.049	337.287,0	5.182.236	107.528,6	21.655.285	444.815,6
2001	16.358.571	342.240,6	5.039.696	106.010,5	21.398.267	448.251,1
2002	16.459.452	353.061,4	4.764.921	101.680,2	21.224.373	454.741,5[1]
2003	17.140.733	377.115,1	4.346.986	93.469,0	21.487.719	470.584,1
2004	17.500.114	395.669,6	3.929.521	85.823,9	21.429.635	481.493,5
2005	17.663.104	410.721,1	3.444.272	75.318,5	21.107.376	486.039,5[1]
2006	17.456.398	420.629,9	3.082.809	69.205,8	20.539.207	489.835,8[1]
2007	16.984.832	424.334,5	2.890.597	67.788,2	19.875.429	492.122,7
2008	16.601.464	428.611,5	2.822.139	69.508,5	19.423.603	498.120,0
2009	16.467.801	435.860,4	2.689.623	68.339,6	19.157.424	504.199,9

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 11:
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Bauspareinlagen (Mio. €)	Nicht zugeteilte Bausparverträge			Durchschnittl. Guthaben je nicht zugeteiltem Bausparvertrag	
		Anzahl	Bauspar-summen (Mio. €)	Durchschnittliche Bausparsumme (€)	€	% der durch-schnittl. Bauspar-summe je nicht zugeteiltem Vertrag
2000	66.667,1	16.473.049	337.287,0	20.475	4.047	19,8
2001	66.622,1	16.358.571	342.240,6	20.921	4.073	19,5
2002	69.222,8	16.459.452	353.061,4	21.450	4.206	19,6
2003	73.587,8	17.140.733	377.115,1	22.001	4.293	19,5
2004	77.817,8	17.500.114	395.669,6	22.610	4.447	19,7
2005	82.341,6	17.663.104	410.721,1	23.253	4.662	20,0
2006	84.364,4	17.456.398	420.629,9	24.096	4.833	20,1
2007	83.610,2	16.984.832	424.334,5	24.983	4.923	19,7
2008	80.001,1	16.601.464	428.611,5	25.818	4.819	18,7
2009	82.248,4	16.467.801	435.860,4	26.467	4.994	18,9

Tabelle 12:
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2009

Größenklassen (€)	Anzahl		Bausparsummen		
	absolut	%	Mio. €	%	Durchschnitt (€)
bis 10.000	5.443.761	33,1	44.876,8	10,3	8.244
über 10.000 - 25.000	6.191.673	37,6	106.629,0	24,5	17.221
über 25.000 - 150.000	4.674.682	28,4	249.105,9	57,2	53.288
über 150.000 - 500.000	154.654	0,9	32.340,0	7,4	209.112
über 500.000	3.031	0,0	2.908,6	0,7	959.620
Insgesamt	**16.467.801**	**100,0**	**435.860,4**[1]	**100,1**	**26.467**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13:
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Spargeldeingänge[1]			Zins- und Tilgungseingänge			Wohnungsbauprämien-Eingänge				Geldeingänge insges.	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	in % der Spargeldeingänge[2] d. Vorjahres	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2000	14.824,5	- 12,9	59,0	9.982,3	- 16,7	39,8	300,1	+ 6,5	1,2	1,6	25.106,9	- 14,3
2001	14.518,7	- 2,1	58,4	9.996,9	+ 0,1	40,2	344,9	+ 15,0	1,4	2,1	24.860,5	- 1,0
2002	15.456,2	+ 6,5	61,1	9.526,4	- 4,7	37,6	334,2	- 3,1	1,3	2,0	25.316,9[3]	+ 1,8
2003	17.667,4	+ 14,3	63,4	9.804,6	+ 2,9	35,2	390,3	+ 16,8	1,4	2,3	27.862,3	+ 10,1
2004	17.090,3	- 3,3	64,6	8.985,4	- 8,4	34,0	369,1	- 5,4	1,4	1,9	26.444,8	- 5,1
2005	16.967,2	- 0,7	64,2	9.131,6	+ 1,6	34,6	326,9	- 11,4	1,2	1,7	26.425,7	- 0,1
2006	16.432,1	- 3,2	67,3	7.647,6	- 16,3	31,3	337,7	+ 3,3	1,4	1,8	24.417,3[3]	- 7,6
2007	15.526,2	- 5,5	67,9	7.026,5	- 8,1	30,7	302,5	- 10,4	1,3	1,6	22.855,2	- 6,4
2008	15.459,9	- 0,4	68,2	6.904,8	- 1,7	30,5	304,4	+ 0,6	1,3	1,7	22.669,1	- 0,8
2009	16.300,6	+ 5,4	66,9	7.785,8	+ 12,8	31,9	285,6	- 6,2	1,2	1,7	24.372,0	+ 7,5

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Einschließlich Zinsgutschriften.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 14:
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes[1] (Mio. €)	Spargeldeingänge[2] (Mio. €)	Jahressparleistung in % der Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes
2000	335.371,5	14.824,5	4,4
2001	338.049,9	14.518,7	4,3
2002	346.451,7	15.456,2	4,5
2003	363.254,0	17.667,4	4,9
2004	387.052,5	17.090,3	4,4
2005	402.511,0	16.967,2	4,2
2006	417.555,4	16.432,1	3,9
2007	422.120,3	15.526,2	3,7
2008	424.269,4	15.459,9	3,6
2009	430.954,1	16.300,6	3,8

1) Durchschnittswerte, errechnet jeweils aus den 12 Monatsendwerten.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 15:
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Tilgungsbeträge		Zins- und Tilgungsleistungen		Anteil der Tilgungsbeträge an den Zins- und Tilgungsleistungen (%)
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
2000	7.984,9	- 19,4	9.982,3	- 16,7	80,0
2001	7.597,5	- 4,9	9.996,9	+ 0,1	76,0
2002	7.328,1	- 3,5	9.526,4	- 4,7	76,9
2003	7.611,6	+ 3,9	9.804,6	+ 2,9	77,6
2004	7.233,4	- 5,0	8.985,4	- 8,4	80,5
2005	7.240,1	+ 0,1	9.131,6	+ 1,6	79,3
2006	6.061,6	- 16,3	7.647,6	- 16,3	79,3
2007	5.390,6	- 11,1	7.026,5	- 8,1	76,7
2008	5.422,6	+ 0,6	6.904,8	- 1,7	78,5
2009	5.977,5	+ 10,2	7.785,8	+ 12,8	76,8

Tabelle 16:
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Anzahl der nicht zugeteilten Bausparverträge am Jahresende	Anzahl der gestellten WoP-Anträge	Gestellte WoP-Anträge in % der nicht zugeteilten Bausparverträge des Vorjahres	Anzahl der bewilligten WoP-Anträge	WoP-Eingänge (Mio. €)	Durchschnittlicher Prämienbetrag je bewilligtem WoP-Antrag (€)
2000	16.473.049	6.289.374	37,7	5.540.590	300,1	54
2001	16.358.571	6.190.120	37,6	5.486.071	344,9	63
2002	16.459.452	6.031.074	36,9	5.392.333	334,2	62
2003	17.140.733	5.916.309	35,9	5.237.369	390,3	75
2004	17.500.114	6.243.795	36,4	5.606.322	369,1	66
2005	17.663.104	6.202.866	35,4	5.343.429	326,9	61
2006	17.456.398	5.903.510	33,4	5.286.053	337,7	64
2007	16.984.832	5.732.198	32,8	5.199.116	302,5	58
2008	16.601.464	5.636.855	33,2	5.051.051	304,4	60
2009	16.467.801	5.308.583	32,0	4.734.220	285,6	60

Tabelle 17:
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahr	Neuzusagen[1]		Auszahlungen[1] insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung insgesamt		an Bauspareinlagen		an Bauspardarlehen		Auszahlungen an Baudarlehen aus Zwischenkreditgewährung		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €
2000	27.849,5	- 4,1	27.399,3[3]	+ 3,5	15.535,3	+17,3	10.771,9	+ 11,4	4.763,4	+33,5	10.066,4	- 8,5	1.797,5
2001	27.890,5	+ 0,1	26.403,2[3]	- 3,6	15.281,8	- 1,6	10.713,1	- 0,5	4.568,7	- 4,1	9.340,5	- 7,2	1.780,8
2002	26.263,8	- 5,8	24.821,1[3]	- 6,0	12.898,6[3]	- 15,6	9.132,6	- 14,8	3.765,9	- 17,6	9.810,3	+ 5,0	2.112,2
2003	29.051,8	+10,6	26.814,3	+ 8,0	12.084,9	- 6,3	9.234,7	+ 1,1	2.850,2	- 24,3	12.304,4	+25,4	2.425,0
2004	24.266,6	- 16,5	24.211,5	- 9,7	11.094,0	- 8,2	8.620,3	- 6,7	2.473,7	- 13,2	10.949,9	- 11,0	2.167,6
2005	23.827,5	- 1,8	21.881,6	- 9,6	10.064,3	- 9,3	8.247,3	- 4,3	1.817,0	- 26,5	9.968,3	- 9,0	1.849,0
2006	24.633,1	+ 3,4	23.416,2	+ 7,0	11.773,5	+17,0	9.783,6	+18,6	1.989,9	+ 9,5	9.695,6	- 2,7	1.947,1
2007	26.838,4	+ 9,0	26.030,1	+11,2	14.281,0	+21,3	11.596,3	+18,5	2.684,7	+34,9	9.964,9	+ 2,8	1.784,2
2008	30.676,3	+14,3	30.848,6	+18,5	18.017,4	+26,2	14.377,2	+24,0	3.640,2	+35,6	10.530,8	+ 5,7	2.300,4
2009	27.022,8	- 11,9	23.991,5	-22,2	12.570,4	- 30,2	9.546,5	- 33,6	3.023,9	- 16,9	9.322,3	- 11,5	2.098,8

1) Neuzusagen und Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.

2) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 18:
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2009

Bundesland	Eingelöste Neuabschlüsse					
	Anzahl		Bausparsummen[1]			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	Durchschnitt (€)
Schleswig-Holstein	63.333	- 7,0	1.910,9	- 2,8	3,5	30.173
Hamburg	26.547	- 6,7	852,0	- 2,4	1,6	32.093
Niedersachsen	176.193	- 12,3	5.125,1	- 10,1	9,4	29.088
Bremen	11.856	- 13,4	343,0	- 9,0	0,6	28.929
Nordrhein-Westfalen	341.509	- 12,5	10.144,7	- 9,8	18,5	29.705
Hessen	140.432	- 9,3	4.345,3	- 8,0	7,9	30.942
Rheinland-Pfalz	110.077	- 9,6	3.374,2	- 7,0	6,2	30.653
Baden-Württemberg	274.110	- 14,7	9.575,9	- 14,9	17,5	34.935
Bayern	309.062	- 15,6	10.378,1	- 15,7	18,9	33.579
Saarland	26.958	- 7,1	805,9	- 6,4	1,5	29.895
Berlin	42.105	- 8,9	1.173,0	- 4,1	2,1	27.860
Brandenburg	49.901	- 12,1	1.325,8	- 6,4	2,4	26.569
Mecklenburg-Vorpommern	33.494	- 14,6	847,6	- 12,5	1,5	25.307
Sachsen	83.636	- 14,2	1.984,6	- 9,7	3,6	23.729
Sachsen-Anhalt	51.582	- 12,4	1.233,9	- 9,0	2,3	23.921
Thüringen	54.039	- 11,1	1.384,1	- 6,4	2,5	25.612
Deutschland	**1.794.834**	**- 12,6**	**54.804,1**	**- 11,0**	**100,0**	**30.534**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 19:
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2009

Bundesland	Vertragsbestände am Jahresende					
	Anzahl		Bausparsummen			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)
Schleswig-Holstein	648.652	+ 0,2	16.973,7	+ 2,7	3,4	5.994
Hamburg	221.306	+ 0,3	5.663,5	+ 2,9	1,1	3.177
Niedersachsen	1.897.294	- 1,8	46.970,6	+ 0,6	9,5	5.919
Bremen	107.355	- 1,1	2.494,7	+ 0,3	0,5	3.777
Nordrhein-Westfalen	3.375.140	- 0,6	86.411,0	+ 1,3	17,5	4.831
Hessen	1.516.300	- 1,6	39.864,8	+ 1,3	8,1	6.574
Rheinland-Pfalz	1.125.008	- 0,0	29.426,2	+ 2,6	6,0	7.327
Baden-Württemberg	3.091.886	- 1,1	88.465,1	+ 1,9	17,9	8.229
Bayern	3.405.846	- 0,7	96.381,7	+ 1,9	19,5	7.707
Saarland	278.554	+ 0,7	7.025,5	+ 3,1	1,4	6.858
Berlin	420.057	- 2,5	10.339,1	- 0,3	2,1	3.006
Brandenburg	563.232	- 3,7	13.873,4	- 1,4	2,8	5.517
Mecklenburg-Vorpommern	343.036	- 4,2	7.727,9	- 2,4	1,6	4.672
Sachsen	907.712	- 4,7	19.746,9	- 3,0	4,0	4.733
Sachsen-Anhalt	504.611	- 3,4	11.093,6	- 1,4	2,2	4.698
Thüringen	554.834	- 4,1	12.027,1	- 1,5	2,4	5.339
Deutschland	**18.960.823**	**- 1,4**	**494.484,9**[2]	**+ 1,1**	**100,0**	**6.041**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2009. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 20:
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2009

Bundesland	Eingänge an						
	Spargeldern[1]				Zins- u. Tilgungszahlungen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[2] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	530,7	+ 7,6	3,3	187	321,8	+ 16,6	4,2
Hamburg	224,9	+ 12,5	1,4	126	72,7	+ 11,9	0,9
Niedersachsen	1.494,1	+ 4,1	9,2	188	805,2	+ 10,5	10,4
Bremen	99,0	+ 8,2	0,6	150	40,8	+ 15,2	0,5
Nordrhein-Westfalen	2.702,0	+ 4,2	16,6	151	1.284,8	+ 11,7	16,7
Hessen	1.303,3	+ 4,0	8,0	215	648,5	+ 14,2	8,4
Rheinland-Pfalz	1.036,8	+ 6,7	6,4	258	524,3	+ 15,0	6,8
Baden-Württemberg	2.803,5	+ 5,5	17,3	261	1.238,6	+ 13,9	16,1
Bayern	3.319,2	+ 8,1	20,4	265	1.244,6	+ 15,5	16,1
Saarland	241,0	+ 5,3	1,5	235	147,8	+ 12,1	1,9
Berlin	369,7	+ 6,0	2,3	108	140,1	+ 12,1	1,8
Brandenburg	442,6	+ 2,1	2,7	176	255,4	+ 10,8	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	253,4	+ 2,8	1,6	153	166,6	+ 8,0	2,2
Sachsen	664,9	+ 3,3	4,1	159	366,8	+ 9,5	4,8
Sachsen-Anhalt	356,5	+ 0,4	2,2	151	223,4	+ 7,9	2,9
Thüringen	396,8	+ 1,2	2,4	176	228,1	+ 7,3	3,0
Deutschland	**16.238,5[3]**	**+ 5,4**	**100,0**	**198**	**7.709,6[3]**	**+ 12,7**	**100,0**

1) Ohne Zinsgutschriften, einschließlich Gutschriften von Wohnungsbauprämien.

2) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2009. Quelle: Statistisches Bundesamt.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 21:
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2009

Bundesland	Bestände am Jahresende an						
	Bauspareinlagen				Baudarlehen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	2.581,6	+ 4,6	3,2	912	4.062,9	+ 8,0	4,9
Hamburg	977,0	+ 5,1	1,2	548	1.069,2	+ 7,7	1,3
Niedersachsen	7.401,7	+ 1,4	9,2	933	8.794,3	+ 2,3	10,5
Bremen	444,9	+ 1,5	0,6	674	455,2	+ 3,6	0,5
Nordrhein-Westfalen	13.338,4	+ 3,0	16,5	746	15.630,9	+ 4,4	18,7
Hessen	6.575,0	+ 2,7	8,1	1.084	7.781,6	+ 3,8	9,3
Rheinland-Pfalz	4.863,0	+ 4,4	6,0	1.211	5.699,9	+ 6,2	6,8
Baden-Württemberg	14.450,4	+ 3,3	17,9	1.344	10.849,9	+ 2,9	13,0
Bayern	16.873,4	+ 4,0	20,9	1.349	11.723,3	+ 4,2	14,0
Saarland	1.143,2	+ 5,4	1,4	1.116	1.355,4	+ 8,6	1,6
Berlin	1.795,4	+ 1,9	2,2	522	1.987,3	+ 3,3	2,4
Brandenburg	2.138,4	- 0,4	2,6	850	3.546,0	+ 0,9	4,2
Mecklenburg-Vorpommern	1.176,1	- 0,8	1,5	711	1.695,2	- 1,6	2,0
Sachsen	3.369,0	- 1,3	4,2	807	4.014,6	- 4,0	4,8
Sachsen-Anhalt	1.692,3	+ 0,2	2,1	717	2.622,3	+ 1,6	3,1
Thüringen	1.913,8	- 1,8	2,4	850	2.455,4	- 3,1	2,9
Deutschland	**80.733,5**[2]	**+ 2,7**	**100,0**	**986**	**83.743,6**[2]	**+ 3,2**	**100,0**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2009. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 22:
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2004 bis 2009

	2004		2005		2006		2007		2008		2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AUFWENDUNGEN												
Verwaltungskosten												
- Personelle Aufwendungen	1.691,7	22,2	1.746,4	23,1	1.815,8	23,4	1.649,6	22,7	1.808,0	24,2	1.577,0	22,6
- Sach- und allgemeine Aufwendungen	976,5	12,8	895,0	11,9	788,9	10,2	847,9	11,7	808,1	10,8	797,1	11,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen												
- auf Baudarlehen	360,7	4,7	477,0	6,3	451,6	5,8	417,2	5,7	519,0	7,0	267,8	3,8
- Sonstige	69,1	0,9	34,3	0,5	129,0	1,7	78,5	1,1	36,7	0,5	29,9	0,4
Zinsen												
- auf Bauspareinlagen	2.217,1	29,0	2.306,2	30,5	2.565,4	33,1	2.278,2	31,3	2.239,6	30,0	2.023,5	29,0
- Sonstige	1.369,6	17,9	1.319,9	17,5	1.297,7	16,7	1.349,1	18,6	1.476,5	19,8	1.449,5	20,7
Steuern und öffentliche Abgaben	259,0	3,4	243,3	3,2	133,6	1,7	185,4	2,5	174,3	2,3	173,9	2,5
Alle übrigen Aufwendungen	411,2	5,4	372,6	4,9	556,0	7,2	382,8	5,3	346,1	4,6	525,7	7,5
Jahresüberschuss	278,9	3,7	155,2	2,1	12,5	0,2	83,1	1,1	55,9	0,7	144,2	2,1
Gesamtbetrag	**7.633,8**	**100,0**	**7.550,1**[1]	**100,0**	**7.750,4**[1]	**100,0**	**7.271,8**	**100,0**	**7.464,2**	**99,9**	**6.988,5**[1]	**100,0**
ERTRÄGE												
Gebühren der Bausparer												
- für Vertragsabschluss und -vermittlung	579,6	7,6	620,6	8,2	575,0	7,4	580,0	8,0	673,5	9,0	558,9	8,0
- für Darlehensregelung nach Zuteilung	112,0	1,5	101,1	1,3	84,7	1,1	74,4	1,0	66,2	0,9	59,7	0,9
- Sonstige	452,9	5,9	410,5	5,4	390,3	5,0	363,3	5,0	357,5	4,8	333,6	4,8
Zinsen												
- aus Baudarlehen	4.332,8	56,8	4.053,5	53,7	3.840,1	49,5	3.912,3	53,8	4.049,5	54,3	4.115,7	58,9
- Sonstige	1.549,9	20,3	1.774,7	23,5	1.857,1	24,0	1.856,6	25,5	1.682,3	22,5	1.416,7	20,3
Alle übrigen Erträge	606,7	7,9	589,8	7,8	1.003,3	12,9	485,1	6,7	635,0	8,5	504,0	7,2
Gesamtbetrag	**7.633,8**[1]	**100,0**	**7.550,1**[1]	**99,9**	**7.750,4**[1]	**99,9**	**7.271,8**[1]	**100,0**	**7.464,2**[1]	**100,0**	**6.988,5**[1]	**100,1**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 23:
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2004 bis 2009

	31.12.2004		31.12.2005		31.12.2006		31.12.2007		31.12.2008		31.12.2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AKTIVA												
- Bauspardarlehen	(21.988,3)		(18.847,4)		(17.375,5)		(17.596,3)		(18.906,3)		(18.905,9)	
- Zwischenkredite	(47.891,5)		(49.509,0)		(52.621,1)		(55.100,5)		(57.329,4)		(59.674,7)	
- Sonst. Baudarlehen	(8.339,5)		(8.700,9)		(9.260,9)		(9.400,6)		(9.606,4)		(10.091,4)	
Baudarlehen	78.219,3	58,1	77.057,3	54,6	79.257,6	55,8	82.097,4	59,5	85.842,1	62,4	88.672,0	62,4
Barreserve, andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Baudarlehen)	24.133,3	17,9	27.091,8	19,2	26.909,5	19,0	24.688,6	17,9	21.748,4	15,8	18.322,6	12,9
Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen, Schatzwechsel	15.794,5	11,7	18.862,0	13,4	17.681,1	12,5	15.006,8	10,9	15.849,0	11,5	22.632,1	15,9
Sonstige Aktiva	16.496,3	12,3	18.169,5	12,9	18.083,2	12,7	16.181,8	11,7	14.029,4	10,2	12.516,2	8,8
Bilanzsumme	**134.643,4**	**100,0**	**141.180,5**[1]	**100,1**	**141.931,4**[1]	**100,0**	**137.974,5**[1]	**100,0**	**137.468,8**[1]	**99,9**	**142.142,9**	**100,0**
PASSIVA												
Bauspareinlagen	77.817,7	57,8	82.341,6	58,3	84.364,4	59,4	83.610,2	60,6	80.001,1	58,2	82.248,4	57,9
Spareinlagen	362,0	0,3	363,5	0,3	353,8	0,2	328,0	0,2	290,2	0,2	324,0	0,2
Schuldverschreibungen	6.686,2	5,0	5.503,2	3,9	3.528,1	2,5	6.483,7	4,7	7.444,9	5,4	6.215,2	4,4
Aufgenommene Fremdgelder	24.100,4	17,9	25.856,9	18,3	27.229,8	19,2	22.647,3	16,4	26.813,0	19,5	31.264,8	22,0
Rückstellungen, Wertberichtigungen	3.289,6	2,4	3.467,0	2,5	3.947,4	2,8	4.152,0	3,0	4.284,8	3,1	4.662,5	3,3
- gezeichnetes Kapital	(953,5)		(943,3)		(943,3)		(943,3)		(943,3)		(952,7)	
- Offene Rücklagen u.a.	(3.626,4)		(3.635,7)		(3.662,2)		(3.602,6)		(3.596,4)		(3.631,4)	
Eigenkapital	4.579,9	3,4	4.579,0	3,2	4.605,5	3,2	4.545,9	3,3	4.539,7	3,3	4.584,0	3,2
Sonstige Passiva	17.807,7	13,2	19.069,5	13,5	17.902,4	12,6	16.207,4	11,7	14.095,2	10,3	12.843,9	9,0
Bilanzsumme	**134.643,4**[1]	**100,0**	**141.180,5**[1]	**100,0**	**141.931,4**	**99,9**	**137.974,5**	**99,9**	**137.468,8**[1]	**100,0**	**142.142,9**[1]	**100,0**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 24:
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2000 bis 2009

Jahresende	Anzahl der angestellten Mitarbeiter[1]	Bilanzsumme		Anzahl der gesamten Bausparverträge	
		(Mio. €)	im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter (Mio. €)		im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter
2000	13.713	111.080,2	8,100	21.655.285	1.579
2001	13.234	114.151,5	8,625	21.398.267	1.617
2002	12.214	117.217,4	9,597	21.224.373	1.738
2003	11.533	124.460,4	10,792	21.491.820	1.864
2004	11.123	134.643,4	12,105	21.429.635	1.927
2005	10.814	141.190,2	13,056	21.107.376	1.952
2006	9.403[2]	141.931,4	15,094	20.539.207	2.184
2007	8.528	137.974,5	16,179	19.875.429	2.331
2008	7.998	137.468,8	17,188	19.423.603	2.429
2009	7.316	142.142,9	19,429	19.157.424	2.619

1) Einschließlich der Auszubildenden und gewerblichen Arbeitnehmer, ohne Aushilfskräfte. Teilzeitkräfte in Vollzeitkräfte umgerechnet.

2) Der Rückgang ist vor allem auf die sozialverträgliche Verschlankung des Personalbestandes einer Bausparkasse im Zuge ihrer Integration in einen Konzern zurückzuführen.

Verzeichnis der privaten Bausparkassen

Aachener Bausparkasse AG
Theaterstraße 92 - 94
52062 Aachen

Allianz Dresdner Bauspar AG
Am Sonnenplatz 1
61116 Bad Vilbel

ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
Alte-Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

Bausparkasse Mainz AG
Kantstraße 1
55122 Mainz

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Crailsheimer Straße 52
74523 Schwäbisch Hall

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln

Debeka Bausparkasse AG
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56073 Koblenz

Deutsche Bank Bauspar AG
Niddagaustraße 42
60489 Frankfurt am Main

Deutsche Bausparkasse Badenia AG
Badeniaplatz 1
76114 Karlsruhe

Deutscher Ring Bausparkasse AG
Ludwig-Erhard-Straße 22
20459 Hamburg

HUK-COBURG-Bausparkasse AG
Willi-Hussong-Straße 2
96445 Coburg

Quelle Bauspar AG
Nürnberger Straße 91 - 95
90762 Fürth

SIGNAL IDUNA Bauspar AG
Kapstadtring 5
22297 Hamburg

Vereinsbank Victoria Bauspar AG
Haydnstraße 4 - 8
80336 München
(bis 28.09.2009)

Wüstenrot Bausparkasse AG
Hohenzollernstraße 46
71630 Ludwigsburg

Der Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Ehrenvorsitzender
Direktor Walter Englert,
Ludwigsburg

Verbandsvorstand
Vorsitzender:
Andreas J. Zehnder,
Berlin
(Hauptgeschäftsführer)

Direktor Hans-Joachim Gasda,
Hameln

Direktor Michael Hoffelder,
Frankfurt am Main

Direktor Matthias Lechner,
Ludwigsburg

Direktor Erhard Steffen,
Schwäbisch Hall

Direktor Peter Ulrich,
Mainz

Verbandsgeschäftsstelle
Abteilung Grundsatzfragen
und Koordination:
Dr. Stefan Jokl †
(bis 31.07.2009)

Abteilung Betriebswirtschaft,
Statistik und Bauspartechnik:
Christian Ketzner

Abteilung Recht und Steuern:
Christian König-Tumpiya
(Verbandssyndikus)

Abteilung Kommunikation:
Alexander Nothaft

Kundenbeschwerdestelle:
Sabine Masuch

Europabüro Brüssel:
Inci Metin (bis 31.03.2010)
Nadine Dauer (ab 01.04.2010)

Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin, Postfach 303079 · 10730 Berlin
Telefon (030)590091-500 · Telefax (030)590091-501
Internet: www.bausparkassen.de · E-Mail: info@bausparkassen.de

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Konzeption und Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

Druck:
DCM – Druckcenter Meckenheim